

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**9-2020**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe November-Dezember 2020**

Redaktionsnotiz.....	3
Aktuelles.....	4
<i>Frank Flegel: Zur imperialistischen Corona-Politik der BRD.....</i>	4
<i>Heinz Ahlreip: Im Namen der Jungfrau Maria.....</i>	9
<i>Brigitte Queck: Atomkriegsübung der Bundeswehr.....</i>	11
<i>Christian Kunz: Boliviens Linksregierung trotz Putsch wiedergewählt.....</i>	12

Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet.....	14
<i>Red. offen-siv: Vorbemerkung.....</i>	14
<i>Helmut Mittank/Werner Wild: Die guten Zeiten – Aufbau und Festigung der DDR.....</i>	15
<i>Ringo Ehlert: Eine Stellungnahme zu 30 Jahren Annexion der DDR.....</i>	18
<i>Ekkehard Lieberam: Kooperation statt Vereinigung.....</i>	25
<i>Hermann Jacobs: Warum nichts zum Lohn?.....</i>	34
Offener Brief an die Bundesregierung.....	36
<i>GBM, GRH, Deutscher Freidenkerverband, KPD-Berlin, Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,.....</i>	36
Partei der Arbeit Koreas.....	39
<i>David Green und Karsten Schönsee: Die historischen Verdienste der Partei der Arbeit Koreas beim Kampf gegen den modernen Revisionismus.....</i>	39
Münchener Räterepublik.....	50
<i>Heinz Ahlreip: Die Münchener Räterepublik.....</i>	50
Diskussion.....	60
<i>Torsten Reichelt: Das Kleinrechnen des Proletariats im Namen Lenins.....</i>	60
Nachruf auf Dieter Itzerott.....	67
<i>Frank Flegel: Am 20.8.2020 ist Dieter Itzerott gestorben.....</i>	67

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,  
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Hinter dem aktuellen Corona-Geschehen agieren Staat und Bourgeoisie in strategischer Hinsicht, aber hinter den Kulissen, sehr entschlossen. Mit diesem und einigen anderen aktuellen Themen beginnt das vorliegende Heft.

Die Geschichte des Sozialismus ist auch wieder einmal Thema. Wir verfügen ja über einen unglaublich reichen Erfahrungsschatz, der leider nur zum Teil gehoben ist. In diesem Heft kommen anlässlich des 71. Jahrestages der Gründung der DDR einige Aspekte ihres Werdens und ihrer konterrevolutionären Beseitigung vor. Außerdem werfen wir einen Blick auf die Münchner Räterepublik. Und als wichtig erschien uns auch, das Verhältnis der Partei der Arbeit Koreas zum modernen Revisionismus zu untersuchen. Wir beschließen dieses Heft mit einem wichtigen Diskussionsbeitrag zur Frage der Bestimmung des Proletariats.

Zum Schluss wieder ein Wort zu dem immer virulenten Thema der Finanzen: Wir haben im Jahr 2020 insgesamt 10 offen-siv-Hefte, nämlich die sechs Zwei-Monats-Hefte sowie vier Sonderhefte, „Lenins Revolutionstheorie“, „Ökonomische Analyse Chinas“, „Friederich Engels“ und „Analyse der Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodell“ aufgelegt und zusätzlich das Buch von Harpal Brar „Perestrojka“ in zweiter Auflage herausgebracht. Das belastet unsere Finanzen sehr. Unangenehm ist, dass die Papier- und Druckkosten steigen, die Post das Porto für die Büchersendungen drastisch erhöht hat und die Sparkasse uns ein Geschäftskonto aufgezwungen hat, welches im Betrieb wesentlich höhere Gebühren verursacht als das bisherige Giro-Konto.

Kurz gesagt: Wir bitten diejenigen unter Euch, die es sich leisten können, um eine freundliche Spende zum Jahresende. Und bitte denkt daran, nur das neue Konto zu nutzen, wie es nachfolgende abgedruckt ist. Danke!

### **Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## Aktuelles

### ***Frank Flegel: Zur imperialistischen Corona-Politik der BRD***

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben alle Staaten, die dazu in der Lage sind, und das sind vor allem die Staaten der imperialistischen Zentren und mit Abstrichen die so genannten Schwellenländer, zusätzliche Schulden gemacht zur direkten Subventionierung „der Wirtschaft“, also des Kapitals. Die „schwarze Null“ als Ziel des Staatshaushaltes war einmal.<sup>1</sup>

Wir wollen hier einen Blick auf den BRD-Imperialismus werfen.

#### **Der Corona-Rettungsschirm der Bundesregierung**

Zunächst ein Überblick über den Gesamtumfang des „Schutzschildes“: Ende Dezember 2019 war der Bundshaushalt 2020 mit Ausgaben von 362 Milliarden Euro geplant worden, dann wurden zwei Nachtragshaushalte beschlossen, im März in Höhe von 122,5 Milliarden Euro und im Sommer in Höhe von 24,8 Milliarden Euro.<sup>2</sup> Da gleichzeitig die Steuereinnahmen gesunken sind und noch weiter sinken werden, wird es eine Finanzierungslücke und demgemäß eine Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2020 von voraussichtlich 218,5 Milliarden Euro geben. Das jedenfalls plant die Regierung.

Das Bundesfinanzministerium teilt abschließend zum Rettungsschirm des Bundes mit: „Der Umfang der haushaltswirksamen Maßnahmen<sup>3</sup> beträgt insgesamt 353,3 Milliarden Euro. Und der Umfang der Garantien insgesamt

---

<sup>1</sup> Um die Auswirkungen dieser nationalen Schutzschilde auf die Dynamik des gesamten imperialistischen Weltsystems zu untersuchen, bräuchten wir konkrete Analysen der diesbezüglichen Aktivitäten aller kapitalistischer Staaten und Staatenbündnisse. Das ist hier nicht zu leisten.

<sup>2</sup> Quelle: [www.bundesfinanzministerium.de/bundshaushalt](http://www.bundesfinanzministerium.de/bundshaushalt)

<sup>3</sup> „Haushaltswirksame Maßnahmen“ sind Maßnahmen, die direkt im Haushalt eingestellt werden müssen, weil die Posten Subventionen, Kostenübernahmen, Unterstützungen etc. tatsächlich ausgezahlt werden, also keine Garantien, Bürgschaften u.ä. darstellen.

819,7 Milliarden Euro.“<sup>4</sup> Die „haushaltswirksamen Maßnahmen“ zur Abfederung der Corona-Krise haben also fast den gleichen Umfang wie der ganze vor Corona geplante Bundeshaushalt.

Zusätzlich gibt es „steuerliche Hilfsmaßnahmen“. Das sind die Erstattung von Steuervorauszahlungen; die Anpassung (sprich Senkung) von Steuervorauszahlungen; die Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie; Stundungen von Steuerzahlungen; Aussetzen von Vollstreckungsmaßnahmen bei Steuerschulden.

Aber damit nicht genug. Auch die Bundesländer unterstützen die Unternehmen in der Corona-Krise.

### **Finanzhilfen der Bundesländer**

Es gibt für Solo-Selbstständige, Kleinbetriebe und mittelständische Betriebe direkte Zuschüsse von Landesbanken, die nicht zurückgezahlt werden müssen, zinslose Kredite, zinsverbilligte Darlehen ohne Hinterlegung von Sicherheiten, Bürgschaften, Tilgungszuschüsse und Kapitalbeteiligungen von Landesbanken. Über die Gesamthöhe dieser Förderung war leider nichts in Erfahrung zu bringen.<sup>5</sup>

### **Und das Proletariat?**

Keine der beschlossenen Maßnahmen zielt auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Man könnte glatt sagen: Selbstverständlich nicht. Falls doch der eine oder andere Proletarier etwas davon hat, dass ein Betrieb nicht schließen muss oder dass er den Arbeitsplatz wegen des verlängerten Kurzarbeitergeldes nicht verliert, so ist das ein ungewollter Nebeneffekt, der mehr als komplett aufgehoben wird durch die Tatsache, dass einige Konzerne die Lage nutzen, um Standorte zwecks Kostenersparnis zu schließen oder – noch besser – um die Produktion in Billiglohnländer zu verlagern. Und ich möchte hier daran erinnern, dass der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, Ulrich Mägde, SPD, zu Beginn der Verhandlungen sagte: „Die Kassen sind leer, es gibt nichts zu verteilen.“ Außerdem ergänzte er: „Allein

---

<sup>4</sup> [www.bundesfinanzministerium.de/corona-schutzschild](http://www.bundesfinanzministerium.de/corona-schutzschild)

<sup>5</sup> Genauere Informationen: [www.sparkasse.de/aktuelles/corona-hilfe-der-bundes-laender](http://www.sparkasse.de/aktuelles/corona-hilfe-der-bundes-laender)

die geforderten 4,8% Entgeltsteigerungen ... kosten insgesamt 5,7 Milliarden Euro.“<sup>6</sup> Herausgekommen sind bei den Tarifverhandlungen keine 4,8% Lohnsteigerung, sondern zum 1. April 2021 eine Steigerung von 1,4% und zum 1. April 2022 um 1,8%<sup>7</sup>. Für das Kapital 353,3 Milliarden Euro vom Staat (und da sind die steuerlichen Erleichterungen durch den Staat und die Finanzhilfen der Bundesländer noch nicht mitgezählt), aber keine 5,7 Milliarden Euro für die über 500.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst. So sieht unser Staatswesen aus.

### **Das „EU-Solidaritätspaket“**

Die BRD ist nicht nur Mitglied, sondern auch Führungsmacht in der EU. Und die EU gibt sowieso schon viel Geld für Wirtschaftsförderung aus. Zusätzlich hat die EU wegen Corona weitere Hilfen beschlossen. Da gibt es den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ („Pandemic Crisis Support“) mit 240 Milliarden Euro vorsorglicher Kreditlinien für die Mitgliedsstaaten, den „Garantiefonds“ und die „Liquiditätshilfen“ der Europäischen Investitionsbank mit 200 Milliarden Euro für kleine und mittlere Unternehmen und die „Förderung von Kurzarbeit“ („Support mitigating Unemployment Risks in Emergency“) mit 100 Milliarden Euro für Unternehmen und Beschäftigte. Zusammen sind das 540 Milliarden Euro.<sup>8</sup>

Und es gibt „Zuschüsse der EU an ihre Mitgliedsstaaten, um der Corona-Rezession entgegenzuwirken“. Im Ganzen sind hier geplant: 500 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden als Darlehen. Bisher sind 405,2 Milliarden auf die Länder verteilt.<sup>9</sup>

Die Aufteilung der „Zuschüsse der EU an ihre Mitgliedsstaaten, um der Corona-Rezession entgegenzuwirken“, ist sehr interessant. Um es vorweg zu sagen: Nicht derjenige, der die Ansagen macht (also die BRD) bekommt den größten Anteil, sondern diejenigen, die der, der die Ansagen macht, als Partner und Absatzmärkte am nötigsten braucht. „Deutschland geht es nur gut, wenn es Europa gut geht“, hat Merkel bereits vor Jahren gesagt. Und: „Wenn

---

<sup>6</sup> kommunal.de

<sup>7</sup> verdi.de

<sup>8</sup> www.bundesfinanzministerium/corona-schutzschild

<sup>9</sup> Europäische Kommission

wir weltweit eine Rolle spielen wollen, geht das nur im europäischen Verbund.“<sup>10</sup> Seht selbst:

Zuschüsse der EU an ihre Mitgliedsstaaten, um der Corona-Rezession entgegenzuwirken in Mrd. Euro<sup>11</sup>

Italien	81,8	Tschechien	8,6	Finnland	3,5
Spanien	77,3	Ungarn	8,1	Lettland	2,9
Frankreich	38,8	Slowakei	7,9	Slowenien	2,6
Polen	37,7	Kroatien	7,4	Dänemark	2,2
BRD	28,8	Niederlande	6,8	Irland	1,9
Griechenland	22,6	Belgien	5,5	Estland	1,9
Rumänien	19,6	Schweden	4,7	Zypern	1,4
Portugal	15,5	Österreich	4,0	Malta	0,4
Bulgarien	9,2	Litauen	3,9	Luxemburg	0,2

**Fazit**

Der Satz „Deutschland soll stärker aus der Krise herauskommen, als es hineinging“ bestimmt das jetzige Krisenmanagement genauso, wie er dasjenige während der so genannten Finanzkrise 2008/9 bestimmt hat. Durch massive Subventionen für das Kapital sollen solche Verwerfungen, Firmenpleiten und Kapitalvernichtungen, wie sie ohne Staatsinterventionen geschehen würden, vermieden werden. Das geht nur mit massiven finanziellen Hilfen durch den Staat, und diese muss man sich leisten können, d.h. man muss als Staat eine „gute Bonität“ haben, muss also auf den internationalen Finanzmärkten zu möglichst guten Bedingungen hunderte von Milliarden Euro als Kredit aufnehmen können. Das kann nicht jeder Staat dieser Welt, das können nur die mit den stärksten Ökonomien.

Im Hintergrund geht es darum, Konkurrenten abzuhängen, zu verdrängen, zu schwächen, die Stellung des BRD-Imperialismus zu festigen und zu stärken. Das ist natürlich stets das Bestreben eines jeden imperialistischen Staates, gelingt einem das aber in Krisenzeiten, kann man Konkurrenten schneller überflügeln als in normalen Zeiten. Der Abstand verändert sich rasant.

---

<sup>10</sup> Focus online, 13.11.2013

<sup>11</sup> Europäische Kommission

Was in diesen Szenarien immer eine Rolle spielt ist die Frage der Weltleitwahrung. Den US-Dollar in dieser Funktion abzulösen, daran arbeiten die europäischen Fuhrungsmachte Frankreich und die BRD schon seit Jahren. Aktuell verschärfen sich die Konflikte und damit auch der Ton. Der „European Council on Foreign Relations“, ein einflussreicher Thinktank der EU, schlagt beispielsweise „die Gründung einer `europäischen Exportbank` vor, die weder dem US-Finanzsystem noch dem US-Dollar ausgesetzt ist. ... Die EZB muss diese Maßnahmen flankieren, um aus dem von Washington überwachten System des internationalen Zahlungsverkehrs auszusteigen.“<sup>12</sup> Außerdem müsse der Weg für „individuelle Sanktionen wie Reiseverbote, Einfrieren von Vermögenswerten frei gemacht werden.“<sup>13</sup> Und der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sekundiert: „Wir müssen alle Folterwerkzeuge auf den Tisch legen, nicht nur das kleine Holzhammerchen.“ Es gehe darum, „Waffengleichheit“ herzustellen.<sup>14</sup>

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren wachsen und das natürlich nicht erst seit heute, aber die Corona-Krise verstärkt das Wachstum und verschärft die Konflikte. Es ist kein Zufall, dass die Weltraumrustung an Tempo zulegt (Ramstein Air Base soll ein wichtiger Stützpunkt werden). Des weiteren trainiert die deutsche Luftwaffe „mit NATO-Partnern die Verteidigung des Bundnisgebietes mit Atomwaffen. ... Dabei wird u.a. der Einsatz von Jagdbombern trainiert, die im Kriegsfall mit Nuklearwaffen bestückt werden können. Der Schauplatz der Übung ist in diesem Jahr der Fliegerhorst Nörvenich in Nordrhein-Westfalen. Er gilt als möglicher Ausweichstandort für die taktischen US-Atomwaffen vom Typ B61, die nach offiziell unbestätigten Angaben im rheinland-pfälzischen Büchel lagern.“<sup>15</sup>

Das sind nur einige Beispiele für die sich zuspitzende Situation des Imperialismus. Die Ursache liegt nicht in „Gromachtphantasien“, in der „Waffenlogik“, dem „Rustungswahn“ und was es noch für schwachsinnige Vokabeln dafür gibt. Die Ursache liegt im System des Kapitalismus, der unweigerlich in die Phase des Imperialismus übergeht und ebenso

---

<sup>12</sup> Junge Welt, 22.10.2020

<sup>13</sup> Ebenda

<sup>14</sup> Handelsblatt, 21.10.2020, zit. nach: junge Welt, 22.10.2020

<sup>15</sup> NTV online, „Bundeswehr probt den Atomkrieg-Ernstfall“, 13.10.2020



unweigerlich, also unabhängig vom möglicherweise friedlichen menschlichen Willen, die Widersprüche verschärft und auf Kriege zusteuert. Leider sind die Friedenskräfte heute erstens schwach und zweitens in Teilen ziemlich desorientiert. Es gibt viel zu tun.

### ***Heinz Ahlreip: Im Namen der Jungfrau Maria***

1793, im vierten Jahr der großen Revolution, hatten die Einwohner von Paris eine famose Idee. Alle Bewohner einer Straße speisten an Sonnentagen gemeinsam an mitten auf der Straße aufgestellten Tischen ohne priesterlichen Segen zu Mittag.

Heute huscht man maskiert im Treppenhaus rasch aneinander vorbei und schlägt hastig die Wohnungstür zu. Das Leben der bürgerlichen Gesellschaft ist heute total spießbürgerlich verkrampft, es ist eine Wüste für die Seele und eine Oase nach der anderen wird geschlossen.

Man hat in den Cities der großen Städte Sitzbänke entfernt, damit man sich in teuren Restaurants niederlässt. Das Ausbeutungsverfahren ist in der spätbürgerlichen Gesellschaft bis auf den Cent berechnet, ein Geldstück von 16 mm Durchmesser, dessen Sklaven ihre Mitglieder sind. Die eitlen, sich herausputzenden bürgerlichen Stadtfrauen sind perfekt auf diese Seite zugerichtet, aber die derben Bäuerinnen kamen früher mit Butterbrot und Thermoskanne in die Städte.

Auf dem Höhepunkt der französischen Revolution gab es ein Dekret, dass die Französinen und Franzosen sich nicht mit „Sie“ anreden dürfen, sondern mit dem vertrauensvollen „Du“, was auf eine unkompliziertere Annäherung der Geschlechter und auf ein Leben ohne Nachnamen, ohne Spaltung in Bourgeois und Citoyen hinausläuft. Diese gute Sitte wird heute u.a. von der Gewerkschaft und den Kommunisten aufbewahrt. Wer seine Mitmenschen mit „Sie“ anredet, gibt zugleich an, dass er ein typischer Bürger ist, individualistisch (eine Illusion, auf die er sich viel einbildet), egoistisch (sein Eigentum bzw. sein Einkommen sind ihm wichtiger als die Solidarität mit anderen Menschen), isoliert von anderen, oftmals bezogen nur auf die eigene Familie, und, wenn es darauf ankommt, bereit, seine Mitmenschen wie perversen Dreck zu behandeln.

Da liegt eine Verkrampfung vor, die uns mehr zusetzt, als eine beliebige Naturkatastrophe. Wie will man in einer heillos zerrissenen, von den Herrschenden selbst gespaltenen Gesellschaft eine Pandemie bezwingen? Systematisch ist Kollektivität und Solidarität zerstört worden, die westdeutsche Bourgeoisie hat sich nach 1945 nicht zu der großen Tradition des Bauernkrieges und zur 48er Revolution bekannt, sondern ein Staatsgebilde nach John Locke, einem Fürstenknecht, und nach Graf Montesquieu hochgezogen.

Im weltweiten Ozean der Corona-Pandemie strampeln sie nun hilflos umher und klammern sich an Expertenmeinungen, die sich alle widersprechen. Die Gesundheit des Volkes ist den Regierenden schnuppe, wie sonst ist es zu erklären, dass im Herbst bei zunehmenden Infektionsrekordzahlen nur ein Semi-Lockdown in Kraft tritt, bei niedrigeren Zahlen im Frühjahr aber ein voller? Die Ausbeuter meinen, etwas gelernt zu haben, differenzierter sein zu können, kleckern statt klotzen.

In der bürgerlichen Gesellschaft gibt es gewisse unverzichtbare Chimären, eine davon ist Weihnachten, die Niederkunft nach unbefleckter Empfängnis, die Geburt Jesu durch eine Jungfrau. Und darum geht es. Die Politiker haben nach einer Lösung gesucht, um den Weihnachtsreibach der Kapitalisten möglichst wenig zu beeinträchtigen. Karl Marx schrieb im Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals 1867 „Die englische Hochkirche verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikel als auf 1/39 ihres Geldeinkommens. Heutzutage ist der Atheismus selbst eine culpa levis (kleine Sünde/H.A.)“ (MEW 23, S. 16). Heutzutage ist auch die Corona-Pandemie eine culpa levis im Vergleich zu den Milliardeneinnahmen zu Weihnachten im Namen der unbefleckten Jungfrau. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte werden dieser Chimäre Menschenopfer dargebracht.

In Hannover liegt die gleiche Schizophrenie vor. In dieser Stadt haben die Ausbeuter im Zuge des ersten Lockdowns zehn Prozent der Obdachlosen bis zum 15. November ein Quartier gegeben, nun setzt man sie wieder auf die Straße, wo doch der Winter mit seinen Minusgraden vor der Tür steht!

Immer wieder gibt die bürgerliche Gesellschaft preis, dass sie eine durch und durch perverse ohne Existenzrecht ist. Schon 1762 schrieb Rousseau im

Gesellschaftsvertrag: „Alles, was nicht mit der Natur übereinstimmt, hat seine Nachteile, und die bürgerliche Gesellschaft mehr als alles andere“.

Das hat die Pandemie immerhin gezeigt: Wie leben in einer voll informierten Gesellschaft, in der keiner etwas weiß. Bürgerliche Politiker können das Volk nicht einen. Zur Staatskunst der Bourgeoisie gehört es, dass andere für sie die Knochen hinhalten, sei es im Krieg oder in einer Pandemie. Jetzt sind es die Krankenschwestern und Pflegekräfte. Und so lasten große Fragezeichen auf den kommenden Jahren 2021, 2022, 2023 ...

### ***Brigitte Queck: Atomkriegsübung der Bundeswehr***

Die Bundeswehr hat laut Berichten ihre diesjährige Atomkriegsübung begonnen. Demnach trainierte die Luftwaffe im Rahmen des Manövers "Steadfast Noon" die Abläufe, die durchgeführt werden müssen, wenn deutsche Piloten im Rahmen der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ US-Atombomben abwerfen. "Steadfast Noon" findet jedes Jahr im Herbst statt. Dieses Jahr ist unter anderem der Fliegerhorst Nörvenich unweit Köln eingebunden, der als Ausweichstandort für die 20 auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) eingelagerten US-Atombomben vorgesehen ist. In Büchel findet gleichzeitig ein zweites Manöver statt, bei dem es darum geht, "wichtige Infrastruktur vor Bedrohungen aus der Luft zu schützen".

Sowohl die dortigen Kernwaffen wie auch die Kampffjets, die sie abwerfen können, sollen für Milliardensummen modernisiert werden.  
<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/013261.html>

#### Eine Bemerkungen dazu:

Dieser Irrsinn der Modernisierung von Atomwaffen auf deutschem Boden muss von uns allen gestoppt werden!

In einer Zeit, wo die Coronakrise Milliardensummen verschlingt und die Bundesregierung angeblich kein Geld hat, die Klassenzimmer mit Luftreinigern und Virensclannern vom Typ TROTEC auszustatten (Kostenpunkt pro Klassenzimmer 3000 Euro) werden für den Ersatz von, wie man sagt, veralteten Atomwaffen durch Atomwaffen neueren Typs nach Expertenschätzung 7,7 - 8,8 Mrd. Euro verschlingen.

Eine Kleinigkeit im Vergleich dazu, was die Umrüstung auf viresichere Klassenzimmer in Deutschland kosten würde.

Der Bundesrepublik Deutschland ist also das Leben ihrer Kinder und Bürger weniger wert als die Umrüstung der Bundeswehr für einen Atomkrieg, den sowieso niemand von uns überleben würde.

Das Pikante an diesen Atomkriegsübungen ist, dass es laut Wissenschaftlicher Dienste im Bundestag **keine „offizielle deutsche Staatspraxis zur Finanzierung ausländischer Nuklearwaffenpotentiale gibt“** (Wissenschaftliche Dienste © 2017 Deutscher Bundestag WD 2 – 3000 – 013/17)

<https://www.bundeswehr-journal.de/2019/geheime-atomwaffenuebung-steadfast-noon/>

<https://www.pressenza.com/de/2020/10/die-atomkriegsuebung-der-bundeswehr/>

<https://www.bundestag.de/resource/blob/513080/c9a903735d5ea334181c2f946d2cf8a2/wd-2-013-17-pdf-data.pdf>

## ***Christian Kunz: Boliviens Linksregierung trotz Putsch wiedergewählt***

Die Landesorganisation der KPD in NRW gratuliert der „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) und ihrem Kandidaten Luis Arce zum Wahlsieg in Bolivien. Dies ist Resultat des Widerstandes der Arbeiterklasse und der indigenen Völker gegen den Putsch im November letzten Jahres. Damals wurde Evo Morales mit deutlichem Ergebnis wiedergewählt, unmittelbar danach startete der Imperialismus und die einheimische Reaktion eine Kampagne gegen die Wahlen, sie seien gefälscht. Dies nutzte das Militär zum Putsch.

Dieser war von Anfang an ein Projekt des Imperialismus in Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie. Dass jetzt die MAS mit absoluter Mehrheit die Wahl für sich beanspruchen konnte zeigt, dass die Putschisten wenig Rückhalt in der bolivianischen Bevölkerung hatten und ihr nichts zu bieten haben. Das Ergebnis beweist die Haltlosigkeit der Wahlfälschungsvorwürfe

und stellt die Reaktion bloß, die nun da sie selbst die Zügel in der Hand hatte, der MAS keine Wahlfälschungsvorwürfe machen kann.

Diese Ohrfeige für die Reaktion überrascht nicht. Der von Evo Morales geführten Regierung (2006-2019) gelang es, die Armut deutlich zu reduzieren und die indigene Bevölkerung, welche die Mehrheit im Land ausmacht, erhielt zum ersten Mal Rechte. Gleichzeitig arbeitete Bolivien eng mit progressiven Regierungen in Lateinamerika wie Kuba, Venezuela und Nicaragua zusammen. Das war den Imperialisten und der einheimischen Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Aus diesem Grund ist es zum Staatsstreich gekommen, in dessen Ergebnis Evo und zahlreiche andere Politiker das Land verlassen mussten. Es kam zu massivem Terror und Folter gegen die fortschrittlichen Kräfte im Land.

Mit dem jetzigen Wahlergebnis hat die Reaktion eine Niederlage einstecken müssen. Doch man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass sie geschlagen ist. Noch immer besteht der bürgerliche Staatsapparat, der auch hinter dem Putsch steht (und diese Banditen sind selten geneigt, bürgerlich-demokratische Wahlen anzuerkennen, wenn „die Falschen“ gewählt werden). Auch wenn jetzt die Putschisten ihre Niederlage eingestehen, so heißt das nicht, dass sie ihre Ziele verworfen hätten.. Nein, diese sind noch immer dieselben und der Klassenkampf wird nicht aufhören, im Gegenteil.

Auch die BRD war und ist Teil der Konterrevolution, ebenso wie die USA. Es geht um Regime-Change. Wahlsiege bringen da keine gesicherte Macht. So ist der Tweet Elon Musks berühmt geworden: „Wir werden putschen, gegen wen immer wir wollen! Kommt damit klar“<sup>16</sup>. Diese Aussage sagt mehr über das Wesen des Imperialismus aus als alle heuchlerischen Sonntagsreden bürgerlicher Politiker über Demokratie und Menschenrechte. Die großen Lithium-Vorkommen in Bolivien sind zu verlockend.

Wir fordern: Hände weg von Bolivien! Nieder mit dem Imperialismus und seinen Lakaien! Hoch die internationale Solidarität!

---

16 <https://amerika21.de/analyse/242254/elon-musk-bolivien-putsch>

## Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet

### **Red. offen-siv: Vorbemerkung**

Wir bringen hier anlässlich des 71. Jahrestages der Gründung der DDR zunächst zwei Schlaglichter auf Menschen an der gesellschaftlichen Basis der DDR. Einerseits einen Blick auf die örtlichen Aktivitäten in der DDR in den 50er, 60er und 70er Jahren am Beispiel eines Magdeburger Stadtteils, andererseits einen Blick auf die Auswirkungen, die die Konterrevolution auf eine Familie hatte. Beide Geschichten sind Beispiele. Beide Geschichten sollte nie vergessen werden.

Danach bringen wir einen Beitrag von Ekkehard Lieberam aus dem Heft „Der Verrat an den Bürgern der DDR“, herausgegeben vom OKV zur Aktivtagung am 5. Oktober 2020. Es handelt sich dabei um Erinnerungen an ein Treffen mit BRD-Wissenschaftlern: *„Am 2. und 3. Mai 1989, zu einer hochinteressanten Phase der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, kam es in einem Hotel in Ostberlin zu einer zweitägigen Diskussion zwischen jeweils drei Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und der DDR. Aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht beschäftigte man sich mit den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und deren Perspektive. Aus der DDR beteiligte sich daran Heinz Kosin vom Berliner Institut für Politik und Wirtschaft (IPW), Gerhard Riege von der Sektion Rechtswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ich, als Wissenschaftler des Instituts für Internationale Studien (IIS) der Karl-Marx-Universität Leipzig. Nicht uninteressant ist, wie dieses Gespräch zustande kam: Das Ganze begann als Initiative von drei Vertretern der bundesdeutschen „Deutschlandforschung“: des Marburger Politikwissenschaftlers Wilfried von Bredow, des Direktors des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaften (IGW) in Erlangen, Clemens Burrichter und des Mitarbeiters dieses Instituts Rudolf Horst Brocke. Das IGW war eine Institution, die dem Bundesforschungsministerium zuarbeitete.“*<sup>17</sup> Diese

---

<sup>17</sup> Ekkehard Lieberam: Kooperation statt Vereinigung, in „Der Verrat an den Bürgern der DDR – Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss“, herausgegeben vom OKV, S. 50.

Erinnerungen zeigen ein atemberaubendes Maß an Illusionen auf Seiten der DDR-Vertreter gepaart mit der völligen Abwesenheit einer realistischen Imperialismuseinschätzung – und sind insofern ein sehr wichtiges historisches Dokument.

Den Themenkomplex DDR beschließt dann ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Analyse der Frage des Lohns im Sozialismus.

## **Helmut Mittank/Werner Wild: Die guten Zeiten – Aufbau und Festigung der DDR**

Der Genosse Werner Wild aus Magdeburg sandte uns Auszüge einer Broschüre, deren Zustandekommen folgendermaßen verlief: *„Beim Räumen eines Versammlungsraumes fanden sich in einem Schrank Unterlagen des Wohnbezirksausschusses (WBA) 171 der Nationalen Front. Diese Unterlagen über die Aktivitäten des WBA 171 legen Zeugnis ab über die Vielfalt des Lebens in der DDR. Diese Materialien waren inzwischen „herrenlos“ und sollten vernichtet werden. Ich übergab sie jedoch an meinen guten Bekannten Helmut Mittank, dem Hobbychronisten des Magdeburger Stadtteils „Alte Neustadt“ (in diesem Stadtteil liegt der Wohnbezirk 171) zur Auswertung und Verwendung für ein weiteres Heft über die „Alte Neustadt“. Helmut Mittank hat inzwischen eine Broschüre über den WBA 171 erarbeitet. Dort finden sich die Ausführungen, die ich Dir hiermit in Kopie zusende.“* (Aus dem Brief von Werner Wild an unsere Redaktion vom 30.8.2020)

Auszüge aus der Broschüre<sup>18</sup>:

Auf dem III. Deutschen Volkskongress im Mai 1949 wurde in Berlin die „Nationale Front des Demokratischen Deutschland“ ins Leben gerufen. In der Stadt Magdeburg bildeten sich daraufhin die Wohnbezirke der Nationalen Front. Das Wohngebiet Nordfront wurde der Wohnbezirk 171. Im Wohnbezirksausschuss (WBA) fanden sich Mitglieder der Blockparteien (SED, LDPD, NDPD und CDU) sowie der im Wohnbezirk ansässigen Massenorganisationen (Demokratischer Frauenbund, Volkssolidarität, Freie

---

<sup>18</sup> Helmut Mittank, Broschüre über den WBA 171 in Magdeburg, bei Interesse zu bestellen bei dem Copy-Team der Johannes-Kirsch-Str. in „Alt-Neustadt“ in Magdeburg

Deutsche Jugend, Gesellschaft Deutsch-Sowjetischer Freundschaft) zusammen und berieten regelmäßig über die zu lösenden Aufgaben im Wohngebiet im Interesse der Bürger.

Breiten Raum nahmen die Probleme der Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im Wohnbezirk ein. Aus diesem Grund nahm auch der zuständige Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei regelmäßig an den Beratungen teil.

In allen Wohnbezirken wirkten Patenbetriebe. Im WBA 171 war es der VEB Kohlehandel. Ein Auszug aus dem Plan der Aufgaben soll verdeutlichen, wie die Unterstützung konkret aussah: Unterstützung der massenpolitischen Arbeit, Vorbereitung und Durchführung des VI. Nordparkfestes im Juni 1976 durch Mitarbeiter des Betriebes, der Zurverfügungstellung eines Fahrzeuges mit Fahrer und 1000,- Mark, Stellen von Referenten bei Versammlungen im Wohngebiet, Unterstützung der Rentnerfahrt mit 1000,- Mark, zwei Rentner aus dem Wohngebiet nehmen kostenlos am Werksküchenessen teil, die FDJ-Singegruppe unterstützt den WBA bei Veranstaltungen, im Rahmen des „Mach-Mit“-Wettbewerb hält der Betrieb die Spielgeräte auf dem Spielplatz am Haydnplatz in Ordnung und pflegt ganzjährig den Spielplatz, bei den geplanten Rohstoffsammlungen und zum Frühjahrs- und Herbstputz stellt der Betrieb ein Fahrzeug mit Fahrer.

Der WBA erhielt aber auch vom Kulturhaus des Handwerks und vom VEB Fischhandel aktive Unterstützung. Mit beiden Institutionen schloss man Freundschaftsvereinbarungen ab.

Die zum Ende der 1960er Jahre staatlich organisierte Initiative „Mach mit – Schöner unsere Städte und Gemeinden“ sollte beitragen, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Die Bürger der DDR wurden dazu angehalten, in ihrer Freizeit und an den Wochenenden unentgeltliche Arbeitsleistungen vor allem bei der Verschönerung des Wohnungsumfeldes zu erbringen. Über den Wohnbezirk 171 schrieb die „MZ“ am 22.01.1976: „Im `Mach-Mit-Wettbewerb´ wird besonderes Gewicht auf die Werterhaltungsmaßnahmen in den Häusern gelegt. In Nachbarschaftshilfe sollen 6 Wohnungen älterer Bürger renoviert werden. Die Bürger sind für den Monat März zum Frühjahrsputz in den Vorgärten, Straßen und Parks aufgerufen. Dabei werden die Patenbetriebe unterstützen. Außerdem unterbreitete der WBA den



Vorschlag, die Freifläche an der Gareisstr/Ecke Walther-Rathenau-Str. als Sportgarten zu gestalten“

Und zu Ehren des 100. Geburtstages von Wilhelm Pieck beschloss der WBA im Rahmen der o.g. Initiative unter anderem: „Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit, weitere Bildung von Hausgemeinschaften, verstärkte Einbeziehung des DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands) in die Arbeit des WBA, Unterstützung der Listensammlung der Volkssolidarität, 4 Wohnungen älterer Bürger renovieren, Organisierung einer Busfahrt für Rentner, die Geräte auf dem Spielplatz instandsetzen und mit einem neuen Farbanstrich versehen.“

Zur Tradition entwickelten sich die Zusammenkünfte älterer Bürger, die auf Einladung des Patenbetriebes, des WBA, des DFD oder der Volkssolidarität stattfanden. (Internationaler Frauentag, kulturelle Darbietungen, Musik und Tanz, Jahrestage der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution u.v.m)

Ein Blick auf den Wiederaufbau nach dem Krieg: Am Ende des Zweiten Weltkrieges war das Wohngebiet Nordfront in Magdeburg zu 80% zerstört. Relativ wenige Menschen lebten nach dem Krieg in den Häusern, die das Inferno überstanden hatten oder in den teilzerstörten Gebäuden, die oft unter den schwierigsten Bedingungen einigermaßen bewohnbar gemacht wurden. Doch die Menschen legten die Hände nicht in den Schoß. Wie in ganz Magdeburg begann auch im Gebiet Nordfront der Wiederaufbau der zerstörten Häuser.

Dächer deckte man provisorisch, Fenster ohne Glas nagelte man mit Pappe oder Sperrholz zu und auf den Trümmergrundstücken sammelte man Holz, um einigermaßen die Zimmer warm zu bekommen und das karge Essen auf dem Herd kochen zu können. Das war ein Zustand, der nicht ewig so bestehen bleiben konnte; es wurde dringend Wohnraum gebraucht. Schon am 29. Dezember 1945 erschien eine Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt über den Wiederaufbau der zerstörten Gemeinden im Land. Man besann sich auf die lange genossenschaftliche Tradition Magdeburgs. Bereits 1893 hatte sich in Magdeburg der „Spar- und Bauverein“ als erste Wohnungsbaugenossenschaft gegründet, acht weitere Genossenschaften folgten damals. Diese Genossenschaftsbewegung endete mit der Nazi-Herrschaft.

Ab 1954 kam es dann wieder zu einer Gründungswelle von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften. Träger der Genossenschaften waren volkseigene Betriebe wie der VEB 7.Oktober, VEB Karl Marx oder VEB Karl Liebknecht. Jedes Genossenschaftsmitglied musste einen festgelegten finanziellen Beitrag einzahlen und eine bestimmte Anzahl von freiwilligen, unbezahlten Aufbaustunden leisten. Das war alles nicht einfach zu der Zeit, aber die Aussicht, in absehbarer Zeit eine Neubauwohnung zu erhalten, ließ alle Schwierigkeiten in den Hintergrund treten.

Mit dem Einzug vor allem junger Familien in die Häuser der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) entstand auch ein neues nachbarschaftliches Zusammenleben. Die späteren Hausgemeinschaften bildeten sich bereits beim Bau des Hauses, wo jeder dem anderen half und es entstanden schon beim Ausschachten der Baugrube feste Freundschaften, die auf Dauer hielten. Gute Nachbarschaft – das war ein Markenzeichen der AWG-Häuser bis zum Zeitpunkt der so genannten Wende. Es waren Hausgemeinschaften, die in der Baugrube entstanden und jahrzehntelang in guter nachbarschaftlicher Zusammenarbeit gewachsen sind. Leider ist dieses Zusammengehörigkeitsgefühl nach der Konterrevolution zum Teil weggebrochen und wird wohl in dieser Form kaum wieder in großem Stil entstehen.

## ***Ringo Ehlert: Eine Stellungnahme zu 30 Jahren Annexion der DDR***

...ist schwierig und hier nicht zu leisten, das haben andere weitaus besser getan, als ich es je könnte. Jüngst hat es der Autor Matthias Krauß mit seinem Büchlein „Die große Freiheit ist es nicht geworden“ dahingehend zu einer Meisterleistung gebracht.

Als die Grenze geöffnet wurde und der bis dahin zähfließende, langsame Zerfall der DDR in einen reißenden Wasserfall mündete, war ich 11 Jahre alt. Die intakten sozialen Gegebenheiten um mich herum verwandelten sich nun im Takt von Monaten in ein Ruinenfeld. Was ich davon noch weiß, begrenzt sich auf eine kindliche Faszination für das Durchstreifen riesiger stillgelegter Industrieanlagen unserer Stadt, das Randalieren in ihren leerstehenden Kultur- und Betriebsverwaltungsbauten. Ein Endzeitspielplatz, auf dem alles uns zu

gehören schien, und wir nicht ahnten, dass dies tatsächlich alles einst unseren Eltern gehörte. Für uns war es ein Abenteuer, unter einem Himmel, in dem dunklen Wolken aufzogen. Alles sollte sich verändern.

Die Arbeitsstätten der Eltern kamen ins Wanken und immer öfter kamen die Gespräche der Erwachsenen über Miete, Stromkosten, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zum Stehen. Neue Abkürzungen standen auf Türen, in Zeitungen, auf Wahlplakaten: DM, CDU, PDS, ABM, Stasi usw. Die Büchereien und Schulen häuften vor ihren Türen auf den Bürgersteigen Bücher über Bücher, Landkarten mit den Nachkriegsgrenzen und der großen rot gemalten Sowjetunion – hingeworfen für die Sperrmüllberäumung. Alle dachten, dass das schon gut gehen wird, nur ein chaotisches Zwischenstück zu einem einfach anderen aber mindestens genauso guten Leben. Wir dachten genauso und schauten mit großen Augen in die Zukunft. Warum sollten wir Kinder was anderes denken und anderes reden als das allabendliche Fernsehprogramm. Und das sendete leuchtende Bilder hinaus zu uns, und die westdeutschen Handelsketten glitzernde Verpackungen in die Regale der Kaufhallen. Und kein Werbeblödsinn darauf war zu groß, als dass wir nicht drauf reingefallen wären. Der Postbote klingelte zwei- oder dreimal pro Tag und brachte Berge von Glasperlen in unsere Buden. Wie die Indianer hingen wir sie uns an den Hals, die Großen tanzen um ein goldenes Kalb namens DMark. Neckermann und Quelle war unser Regenbogen zu dem Topf Gold an seinem Ende, das im Westen lag. Der Tanz war aus, als die Poliklinik meiner Mutter schloss und der letzte Job meines Vaters das Abreißen seines eigenen Metallbetriebes wurde.

Wir können uns unsere Mütter nicht aussuchen, ich hatte also großes Glück. Sie war die prägendste Figur für mich, und Antifaschistin durch ihren Vater. Der zog damals mit der Wehrmacht in die Sowjetunion und geriet zum Glück nur in Gefangenschaft, wo er das Denken probierte und wiederkehrte als Kommunist. So wie er wurde, wurde seine Tochter, auch ohne Mitgliedschaft in der SED.

Eines ihrer pädagogischen Glanzstücke, unvergesslich: Eines samstags abends rief sie uns in die Wohnstube vor den Fernseher, es lief der amerikanische Film „Das Urteil von Nürnberg“ mit Spencer Tracy auf DDR1, ein uralter schwarzweißer Streifen über eine Geschichte im Schatten der Nürnberger Prozesse kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Als im Gerichtssaal in

Anwesenheit der Täter und Opfer des deutschen Faschismus die schrecklichen Original-Filmaufnahmen von Auschwitz gezeigt wurden, saßen wir Kinder vor der Glotze. Aus dem Hintergrund sagte meine Mutter: „Seht euch das an und wählt die Seite, auf der ihr steht“. Der Ausspruch vom „besseren Deutschland“, den hörte ich das erstmal von ihr, sie war eine Begleiterin des Projektes DDR, kritisch und doch treu. Man kann zu ihrer Erziehung stehen wir man will, aber sie machte mich zu dem, der ich heute bin.

Meine Mutter begriff schnell, dass mit dem Ende des Gesundheitswesens der DDR ein Gesundheitswesen, das diesen Namen verdient, in deutschen Ländern unmöglich wurde. Was jetzt kam, war ein chaotisches Kaufhaus, indem der Hilfe bekam, der sie sich leisten konnte. So begann der Weg der Renate Ehlert von Umschulung zu Umschulung, letztlich weg von zu Haus und zuletzt zu sowas wie einer Hilfsverkäuferin. Ein demütigender Abstieg für die einstige medizinisch-technische Laborassistentin aus Leidenschaft. Sie ging auch deswegen weg, dahin, wo es Arbeit gab, in den Westen. Sie hat nie wieder davon geredet, dass sie nun Arbeit hat, es war immer nur ein Job, eine Arbeit hatte sie in der DDR. Die Jahrzehnte in einer westdeutschen fremden Stadt brachten meiner Mutter Ernüchterung und keinen Freundeskreis, sie blieb Wirtschaftsflüchtling, solange sie lebte.

Meine Schwester blieb im Osten. Den Ausbildungsplatz zur Zahnarzthelferin, für den sie ihren Zweierabschluss in der Schule schwer erkämpft hatte, hat sie natürlich nicht bekommen. Ausbildungsstellen gerieten jetzt zur Mangelware, mitten in all dem Überfluss des neuen Konsums. Und es schien nichts mehr wichtig. Alles wurde infrage gestellt. Ein Wertesystem versank in Gleichgültigkeit. Die Dinge, zu denen die jungen Leute der Generation meiner Schwester aufblicken sollte, sollte man jetzt gefälligst mit Füßen treten. Die Thälmanns und Lenins verschwanden von den Straßenschildern, ihre Bildnisse aus den Parks und von den Sockeln vor den Rathäusern. Das „Rotarmisten-Mahnmal“, gleich neben unserem Rathaus mit seinen verblichenen Sternen auf den Grabsteinen, räumte man über Nacht in den letzten Winkel des Städtchens, zu den anderen Toten auf den Stadtfriedhof.

Meine Schwester, die FDJlerin, redete davon nie. Ich ahne heute in jedem ihrer kurzen kargen Sätze, dass damals was zerbrochen ist in ihr. In den Wirren des Umbruchs fand sie dann eine Lehrstelle als Kellnerin, die sie dann wegen dieser und jener Insolvenz dieses oder jenes Gasthauses oder Kneipe

auch noch mehrmals unterbrach. Es begann der Weg der Ina Ehlert und er führte sie in Kreise, die ihr nicht guttaten. Die Kneipen waren Treffpunkte der Bundeswehrsoldaten, die jetzt die Kasernen der NVA übernahmen.

Die Glücksritter und rauen Kerle der Stadt, Alkohol und neue harte Sprüche gegen die „Fidschis“ und „Polacken“ gabs hier und die Bösen Onkels machten den Sound dazu. Ein hartes Terrain, in dem man Wolf unter Wölfen sein muss.

Die „Wende“ erwischte meine Schwester mitten in einer Zeit, in der sich junge Menschen ohnehin in einen Wald voll mit Weggabelungen begeben. In dieser Zeit sind die Leitplanken eines Weltbildes, das Gut und Böse scheidet, und Vorbilder immens wichtig. Es bedarf ihrer auch, um sich an ihnen in Kritik zu üben. In diesen zerbrechlichen Vorgang des Erwachsenwerdens schlug die Annexion der DDR wie eine Granate ein, ein Sprengsatz in den Lebenslauf von hunderttausenden heranreifenden jungen Menschen. Was diese Zerstörung mit der Generation meiner Schwester angestellt hat, es wird Forschungsgebiet bleiben.

Ich bin kein Forscher, doch heute kenne ich nur wenige Menschen, die so hart zu sich selbst sind wie meine Schwester. Sie lebt heute verbittert in ihrem Dorf, schlägt sich mit einem kleinen Imbiss durch wie eine Löwin. Wir reden schon wegen unserer unüberbrückbaren politischen Widersprüche nicht oft, aber wenn, dann immer und lieber über früher. Meine Schwester, so viele, vielleicht eine ganze Generation, haben abgeschlossen mit Dingen wie Herzlichkeit und Mitleid mit anderen (schon gar nicht Fremden gegenüber). Was ist das für ein gesellschaftliches System, das sowas hervorbringt in den Leuten?

Der weitere Weg meines Vaters war schon kurz nach der Wende klar vorgezeichnet. Die Arbeitslosigkeit, die er seinen Lebttag nicht mehr los wurde, schlug ihn aus der Bahn, wie so viele, die vor allem durch ihre Arbeit leuchteten und weniger durch ihr Privatleben. Aus Frust wurde Stille, aus Stille wurde Desinteresse und Verbitterung. Wozu er sich noch aufraffen konnte, war das Trinken. Wir haben deshalb oft gestritten.

Dass er auf die DDR und sein Leben darin nie was hat kommen lassen, war sein letzter roter Faden. Als Sohn einer Großbauernfamilie, in der man lernt, dass zuerst die eigene Speisekammer kommt und dann der Rest, hatte er seine

Lebensreise begonnen. Aus diesem Muff, in dem jeder Bauer war und jeder Bauernsohn wieder Bauer wurde, bot die DDR die Chance, auf- und vor allem ausbrechen. Er wurde Industriebauarbeiter und Reisender von Großbaustelle zu Großbaustelle der Republik. Mein Vater sah jeden Winkel der kleinen, großen Welt DDR und er lebte für seine „Spur der Steine“, die er in diesen Osten schlug. Und es war dieser Osten, der ihm zeigte, dass Solidarität siegt, und die die besten Bauern sind, die gemeinsam die Republik ernähren. Das brachte ihn auf gegen den Trott in seiner Bauernfamilie. Mitglied in der Patenschaftsbrigade für das Kinderheim und der Solibeitrag für Vietnam und Angola waren selbstverständlich. Ebenso sein Einsatz in der Betriebskampfgruppe. Wofür die wirklich kämpfte, verstand er erst wirklich, nachdem sie aufgelöst wurde.

Selbst am Palast der Republik hatte der mitgebaut, wie er immer stolz erzählte. Aber wenn er erzählte - zu oft war er angetrunken - nahm eines immer einen besonderen Platz in den Erzählungen ein: seine Zeit beim Bau der Erdgastrasse „Druschba“. Es war das große Ding seines Lebens. Und die „Russen solle man mal in Ruhe lassen!“. Er ließ sich den großen Bruder nie zum Feinde stempeln. Auf seinem Nachttisch lag immer irgendein Buch, meistens eines von einem sowjetischen Schriftsteller, meistens eines über den großen vaterländischen Krieg oder die unendlichen Weiten Russlands. Wohl niemand hat den „Stillen Don“ öfter gelesen als er.

Mit der gleichen Geschwindigkeit wie diese Spur der Steine meines Vaters der Deindustrialisierung der annektierten DDR durch den Westen wich, gab er sich auf. Gegen eine Krankheit am Herzen hat er nicht mehr gekämpft. Reinhard Ehlert starb so leise, wie er in seiner großen Zeit laut gelebt hatte.

So hat diese „Wende“, die manche immer noch „Wiedervereinigung“ nennen, meine Familie auf dem Gewissen.

Sie hat meine Leute in alle Winde zerstreut und auch mich später aus der Region gejagt, die seit 30 Jahren vor sich hinstirbt. Vielleicht ist es vielen so ähnlich ergangen, vielleicht nicht allen ganz so dramatisch, vielleicht nicht ganz so frustrierend, manchmal vielleicht aber noch schlimmer. Im Ergebnis gingen so viele weg, nicht wenige wurden rechts. Ich wurde ein Linker, es hätte auch anders kommen können, mein Elternhaus hat mich auf dem

besseren Weg gehalten. Ein Elternhaus, das so nur in der DDR sein konnte und das nur mit dem Ende der DDR so zerstampft werden konnte.

So zerrt die DDR an mir, wie Wurzeln an einem schiefen Baum. Ich kenne sie aus Büchern und dem Erzählen, Werden, Wachsen und Gehen meiner Eltern oder aus meistens klugen aber auch manchmal nicht so klugen Dingen, die alte Genossen zu mir sagen. Und jeden Tag lerne ich sie neu kennen, auch durch das Wutgeschrei ihrer Feinde. Ich war nicht dabei, als sie aufgebaut wurde, nicht dabei, als sie pulsierte, nicht bewusst dabei, als die Ostdeutschen sie für lau hingaben. Eine Distanz, die manchmal Nachteil, manchmal Vorteil ist.

Mit einer glatten, widerspruchsfreien Idee vom Sozialismus, mit der Fehlerfreiheit des eigenen Ideals von wehenden roten Fahnen, die jeder aus vollen Herzen trägt - damit hat die DDR nicht viel zu tun. Diese überflüssige Romantik stößt sich an ihren Kanten ab, an den beißenden Widersprüchen dieser anderen deutschen Republik. Sie war an vielen Ecken und unterm Teppich, wo der Kehricht landet, alles andere als schön, aber sie war Wichtigeres als schön: Sie war real!

Im Vergleich zu einem naiven Ideal von Sozialismus und Revolution schaut sie dreckig aus Bergen ihrer ungewaschenen Wäsche – *diese DDR, wer mag die schon?* Im Vergleich jedoch zu dem, mit dem wir uns heute rumschlagen müssen, war sie das mit Abstand Beste und Großartigste, was man in diesem verfluchten Deutschland je auf die Beine gestellt hat.

Und ihre Revolution erst, die war überall in ihr, sie war Musik! Ein heißer pulsierender Takt durch jede ihrer Adern bis in die kleinsten Kapillare, selbst noch, als die Leute auf die Straße gingen und ihr Ende einleiteten – *wie kann man denn die DDR nicht mögen?* Irgendwo zwischen diesen beiden Polen habe ich meinen Frieden gemacht mit der alten Dame. Der Schlüssel dazu ist Wissen.

Eine Stellungnahme zu 30 Jahren Annexion kann meines Erachtens nur zu dem Ergebnis kommen, dass jede linke politischen Betätigung im Osten zum Scheitern verurteilt, bestenfalls ineffektiv ist, wenn sie nicht, bei welchem Thema auch immer, die DDR in Stellung bringt. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt der Agitation und Propaganda, nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland.

Eine politische Arbeit gegen die DDR oder an ihr vorbei (vielleicht, um sich vermeintlich nicht die Finger zu beschmutzen oder um eine Abkürzung, um einen steinig langen Aufstieg nehmen zu wollen) ist Selbstzweck, nicht viel mehr. Wenn wir so mit dieser DDR umgehen, dass wir keinen im Osten abholen, dann stehen die Leute nicht falsch, sondern wir.

Die DDR ist ein Anker, der ein wenig in allen Leuten zugleich hängt und Nachdenklichkeit und Freunde bereitet, wenn man daran zerrt. Was für eine Chance! Der Zustand, dass ein linkes Projekt die Millionen bewegt, weil es ein Stück ihres Lebens ausmacht, ist doch so selten wie kostbar. Die ostdeutsche Linke, und noch viel mehr die Westdeutsche, haben das zu spät und größtenteils bis heute nicht verstanden. Unser gemeinsamer Gegner, die offene Reaktion, war schneller, wie so oft.

Wir haben dieses verlorene Gebiet zurück zu erobern, was aussichtslos scheint und in Front zu einem übermächtigen Gegner. Aber so geht uns das ja immer. In den letzten Jahren haben wir unsere Ansprüche korrigieren müssen. Derzeit ist die DDR so unter einem Berg von Irrungen, Wirrungen und Lügen verbuddelt, dass nicht die Frage um die Revolution die nächstliegende ist, sondern der leise Hinweis: *„Nu lass doch mal einen Moment von deinem Feindbild Flüchtling, Schwuler, Hartz4-Empfänger ab und erzähl uns mal, wer deinen Betrieb platt gemacht hat oder den deiner Eltern!“*

Wenn auch die „Aufarbeitung der DDR“ durch die Sprachrohre des Staates mit einem Palaver von „Unrechtstaat“ und Stasihatz keinem im Osten mehr so recht hinterm Ofen vorholt, greift doch die Umdeutung der DDR von AfD & Co. umso mehr. Aus der DDR haben diese Leute ein entpolitisiertes, ihrer antifaschistischen Geschichte beraubtes Objekt gemacht, das nur noch den Mumpitz von einem „Früher“ erzählt, wo alles besser war und in Ordnung, ohne Fremde. Denen, die solche Bilder malen, gehört die DDR nicht. Sie sind vom gleichen Stoff, aus dem jene sind, wegen denen die DDR gegründet werden musste.

Die DDR gehört uns Linken, wir müssen sie uns zurückholen und ihre Geschichte als das erzählen, was sie ist: eine große antifaschistische Geschichte des Aufbäumens gegen den deutschen Sonderweg von Weltkrieg zu Weltkrieg. Wir müssen sie erzählen als Geschichte einer Gegnerschaft zum deutschen Imperialismus. Neben all dem Lob für ihre sozialen



Errungenschaften ist es wichtig zu sagen, dass es nicht die Kernaufgabe der DDR war, dass es den Ostdeutschen gut und besser geht, das ist sekundär.

Ihre Kernaufgabe war die Verunmöglichung eines erneuten Griffes zur Weltherrschaft von Siemens, Daimler und Deutscher Bank. Ein Verunmöglichen eines erneuten Auschwitz, eines erneuten Weltkrieges. Welch wichtigere Ziele könnte einem Staat in die Wiege gelegt werden? Was könnte ehrenhafter und gerechter sein, als diese Ziele erreicht zu haben? Unseren Dank an alle, die ihren Anteil daran hatten!

Ringo Ehlert, ein Beitrag im Namen von Unentdecktes Land e.V. <sup>19</sup>

### ***Ekkehard Lieberam*<sup>20</sup>: Kooperation statt Vereinigung**

Im Mai 1989 trafen sich Wissenschaftler aus der BRD und der DDR zum halboffiziellen Gespräch über die Perspektiven der Deutschlandpolitik. Kurze Zeit später änderte die Bundesregierung ihren Kurs. Schon im September standen die Zeichen auf Annexion.

Die Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit ist facettenreich und wechsellvoll. Die BRD und danach die DDR entstanden im Ergebnis des beginnenden Kalten Krieges, der Abkehr der westlichen Deutschlandpolitik von den gemeinsam mit der Sowjetunion im August 1945 getroffenen Vereinbarungen von Potsdam über „Deutschland als Ganzes“, über die zukünftige politische und geographische Gestaltung des Landes im Geiste des Antimilitarismus, des Antinazismus und der Entmonopolisierung.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Quelle: „Der Verrat an den Bürgern der DDR“ – Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss. Beiträge der Verbände des OKV und seiner Sympathisanten, herausgegeben zur Aktivtagung am 5. Oktober 2020, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V., S. 14-20. Für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks geht unser Dank an „Unentdecktes Land e.V.“

<sup>20</sup> Ekkehard Lieberam war Professor für Staatstheorie und Verfassungsrecht an der Akademie der Wissenschaften der DDR und am Institut für Internationale Studien der Karl-Marx-Universität Leipzig. Er ist Vorsitzender des Marxistischen Forums in Sachsen und arbeitet in der GRH mit.

<sup>21</sup> Vgl. Karl Bittel (Hg.): Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1959, S. 17ff. Die USA, die Sowjetunion und England verkündeten das Potsdamer

## **Zwei Staaten**

Ende 1947 nahmen die USA, Großbritannien und Frankreich im Alliierten Kontrollrat offen Kurs auf einen separaten Weststaat. Im März 1948 stimmte die Provisorische Regierung Frankreichs dem Anschluss der französischen Besatzungszone an die am 1. Januar 1947 von den USA und Großbritannien gebildete Bizone zu. Mit der Einführung der Deutschen Mark durch die Währungsreform vom 20. Juni 1948 in dieser nunmehr geschaffenen Trizone wurde daraus ein einheitliches Währungs- und Wirtschaftsgebiet. Am 1. Juni 1948 erging die Weisung an die Ministerpräsidenten der dazu gehörende elf Länder, eine Verfassung für den zu bildenden Weststaat zu schaffen. Konrad Adenauer, Präsident den als verfassunggebende Versammlung gebildeten „Parlamentarischen Rates“, verkündete am 23. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es folgten am 7. September 1949 die Konstituierung von Bundestag und Bundesrat.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) sowie die anderen Parteien und politischen Organisationen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) versuchten mit Unterstützung der Sowjetunion vergeblich, diese Entwicklung mit der Volkskongressbewegung aufzuhalten. Der II. Volkskongress beschloss am 18. März 1948 die Bildung eines Ausschusses zur Ausarbeitung einer gesamtdeutschen „Verfassung der DDR“. Am 15. Mai 1949 fand in der SBZ eine Volksabstimmung über eine Neuzusammensetzung des Volkskongresses statt (58,1 Prozent Jastimmen). Der von diesem III. Volkskongress gewählte Volksrat konstituierte sich am 7. Oktober 1947 als Provisorische Volkskammer, zugleich trat in der SBZ die „Verfassung der DDR“ in Kraft.

Zwischen BRD und DDR verlief für die folgenden vier Jahrzehnte die gesellschaftspolitische und militärische Grenze in der globalen Systemauseinandersetzung. Die BRD übernahm die Rolle eines Vorpostens des Kapitalismus und der NATO. Die DDR war der westliche Vorposten der sozialistischen Staatengemeinschaft und des Warschauer Vertrages (ab 1955).

---

Abkommen am 2. August 1945. Die Provisorische Regierung Frankreichs erklärte sechs Tage später ihre Zustimmung.

Unter schwierigen Bedingungen (1949 verfügte die DDR über etwa 30 Prozent der Arbeitsproduktivität der BRD, zugleich leistete sie Reparationszahlungen im Umfang von 99,1 Milliarden DM, während aus der BRD lediglich 2,1 Milliarden DM flossen<sup>22</sup>) begann die DDR-Führung 1952 mit der Sozialismusgestaltung auf deutschem Boden und verringerte den wirtschaftlichen Abstand zur Bundesrepublik.<sup>23</sup>

Gut eineinhalb Jahrzehnte setzte die Bundesrepublik auf einen „Kollaps der DDR“ und eine nachfolgende Annexion. Außenpolitische verfolgte sie mit der Hallstein-Doktrin, die jede Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Drittstaaten mit der DDR als „unfreundlichen Akt“ wertete und Sanktionen androhte, das Ziel, die DDR zu isolieren. Mit der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD 1966 bahnte sich unter Außenminister Willy Brandt eine „neue Ostpolitik“ an, die zu einer gewissen Entschärfung der Systemauseinandersetzungen führte und auf einen „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr) abzielte. In seiner Regierungserklärung 1969 erkannte Brandt zumindest die staatsrechtliche Existenz zweier deutschen Staaten an. Es folgten in den Jahren 1970 und 1973 Gewaltverzichtserklärungen gegenüber osteuropäischen Staaten. Am 18. September 1973 nahm die UNO die BRD und die DDR als 133. bzw. 134 Mitgliedsstaat auf. Am 21. Juni 1973 trat der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR in Kraft. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, unter anderem auf kulturellem und kommunalpolitischem Gebiet, intensivierten sich. Auch die 1982 in Bonn gebildete Koalition aus CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl hielt an diesem Vertrag fest. Beginnend am 19. September 1986 mit der Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt wurden bis zur „Wende“ 98 Städtepartnerschaften geschlossen.<sup>24</sup>

## **Koevolution**

---

<sup>22</sup> Vgl. Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?, Berlin 2006, S. 43f.

<sup>23</sup> Von 1950 bis 1989 erhöhte die DDR ihre Wirtschaftskraft auf das Zehnfache, die Bundesrepublik auf das Sechsfache. Das Volkseinkommen pro Kopf lag 1988 bei 69 Prozent, die Arbeitsproduktivität bei 45 Prozent der der Bundesrepublik.

<sup>24</sup> Vgl. Deutscher Städtetag (Hg.): Die innerdeutschen Städtepartnerschaften, Köln 1992, S. 23

Am 2. Und 3. Mai 1989, zu einer hochinteressanten Phase der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, kam es in einem Hotel in Ostberlin zu einer zweitägigen Diskussion zwischen jeweils drei Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und der DDR. Aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht beschäftigte man sich mit den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und deren Perspektive. Aus der DDR beteiligte sich daran Heinz Kosin vom Berliner Institut für Politik und Wirtschaft (IPW), Gerhard Riege von der Sektion Rechtswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ich, als Wissenschaftler des Instituts für Internationale Studien (IIS) der Karl-Marx-Universität Leipzig. Nicht uninteressant ist, wie dieses Gespräch zustande kam: Das Ganze begann als Initiative von drei Vertretern der bundesdeutschen „Deutschlandforschung“: des Marburger Politikwissenschaftlers Wilfried von Bredow, des Direktors des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaften (IGW) in Erlangen, Clemens Burrichter und des Mitarbeiters dieses Instituts Rudolf Horst Brocke. Das IGW war eine Institution, die dem Bundesforschungsministerium zuarbeitete. In einem Appell für eine Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik, den die drei Wissenschaftler am 8. November 1988 in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht hatten, vertraten sie die Position, man sei an einer „Wendemarke“ angekommen. Dies verlange eine Neuorientierung. Erstens sei der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR „sozusagen ausgeschöpft“. Die sich entwickelnde „Vielfalt der Kommunikation mit der DDR“ (also Beziehungen zwischen Kommunen, Ausbau von Verkehrswegen, Wissenschaftlerkontakte) bedürfe einer „behutsamen“ politischen Koordinierung. Verhindert werden müsse, dass es zu einer „Balkanisierung der Deutschlandpolitik“ komme. Zweitens ging es darum, die sich in der DDR ankündigende „sozialistische Strukturreform“ angemessen zu berücksichtigen. Es entwickelten sich neuartige „Gestaltungschancen für westliche Ostpolitik“ infolge der sich anbahnenden „Reformphase“ der voraussehbaren „strukturell, integralen sozialistischen Modernisierungsstrategie“. Drittens stünden auch in der Bundesrepublik „schmerzhafte Strukturanpassungen“ an. Viertens würde die Deutschlandpolitik durch eine „große, weiter anwachsende Zahl von inter- und transnationalen Bezügen“ modifiziert. Fünftens seien, insbesondere angesichts der bevorstehenden „Umbruchphase“ in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern, die Ziele und Schritte der Deutschlandpolitik und

deren mittelfristige Zielstellungen neu zu definieren. Ein „Reformprozess, der aus dem Ruder läuft“, sei nicht wünschenswert. Es könne „gegenwärtig nicht darum gehen, ein Konzept zu entwickeln, wie der Ost-West-Konflikt siegreich beendet oder die Einheit Deutschlands unverzüglich ins Werk gesetzt werden kann“.

Gerade die letzte Position fand in der DDR Aufmerksamkeit. Es gab Bemühungen der drei Politikwissenschaftler, über das IPW mit Wissenschaftlern aus der DDR ins Gespräch zu kommen. Dies fand Resonanz bei politisch Verantwortlichen in der DDR. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, dass es hier nicht nur um eine Initiative von Wissenschaftlern ging (darum ging es natürlich auch), die ihren Forschungsgegenstand (die „deutsch-deutschen Beziehungen“) aufwerten wollten, sondern offensichtlich um eine halboffizielle politische Sondierungsaktion der Parteien bzw. Fraktionsführungen des Bundestages.

Das Angebot einer Diskussion unter Wissenschaftlern war, wie in der DDR vermutet wurde und es sich dann auch bestätigte, ein Mittel, um den Regierenden in der DDR dies und jenes mitzuteilen und die Reaktion darauf zu testen. Umgekehrt war die Annahme dieses Angebots natürlich auch eine Chance, auf diesem Weg mit der Bundesregierung bzw. des Parteispitzen des Bundestags zu kommunizieren.

Aus heutiger Sicht sind vor allem die in diesen Gesprächen vorgetragenen konzeptionellen Positionen von Interesse. In der Sache ging es schließlich um nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Vorstellungen in den beiden deutschen Staaten über die Perspektive ihrer Beziehungen ein halbes Jahr vor der „Wende“.

Ein erstes Problem der Diskussion war die These der drei westdeutschen Wissenschaftler, der Grundlagenvertrag von 1973 aus „ausgeschöpft“. Kosin, Riege und ich machten deutlich, dass wir dem nicht zustimmen können. Eine solche Position sei desorientierend, wenn mit ihr ausgedrückt werden sollte, die im Artikel 1 des Grundlagenvertrages gegebene Orientierung auf gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sei verwirklicht. Artikel 1 lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarschaftliche

Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.“ Da sei noch viel Raum, meinten wir.

Im Verlaufe der Diskussion verfestigte sich dann mein Eindruck, dass die These von Bredows, Burrichters und Brockes über die Ausschöpfung des Grundlagenvertrages kein Unwerturteil über diesen Vertrag war, sondern eigentlich eine Erweiterung der Zielrichtung „gutnachbarschaftlicher Beziehungen“ im Sinne „gemeinsamer Umweltprojekte“ oder die Unterstützung von bestimmten „Reformprojekten“ in der DDR meinte.

Interessanterweise wurde bemängelt, dass im Konzept der „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ das Moment der „ökonomischen Motivation“ fehle. Ich habe das damals (wohl nicht zu Unrecht) als Angebot für eine mögliche punktuelle finanzielle und ökonomische Unterstützung der DDR verstanden.

Ein zweiter Problemkomplex der Diskussion betraf den Charakter der „Umbrüche“ in den sozialistischen Ländern und deren Auswirkungen auf die „deutsch-deutschen Beziehungen“. Die bundesdeutschen Wissenschaftler sprachen von einer „Epochenschwelle“. Für eine mittlere Zeitspanne, die sie mit dem Begriff „Strukturpolitik 2000“ kennzeichneten, müsse davon ausgegangen werden, dass der Ost-West-Konflikt verblasse. Vermutet wurde zum einen, es werde zu einer „Koevolution“ kommen. Notwendig sei deshalb der Übergang „von der friedlichen Koexistenz zur ideologischen Koexistenz“. Zum anderen gab es die Meinung, vom „Sozialismus/Kommunismus“ werde kaum etwas übrigbleiben. Wir verneinten das – mit einem schon damals haltlosen Optimismus.

### **Anstehende Reformen**

Auf eine einheitliche Position z.B. zur Frage einer „bevorstehenden Reformphase der DDR“ waren wir vorher keineswegs „vergattert“ worden. Ich vertrat den Standpunkt, dass natürlich absehbar eine Reformphase der DDR bevorstehe, verbunden mit einer Demokratisierung und einer deutlicheren Gewaltenteilung, einer Ansicht, der Gerhard Riege widersprach. Damit, meinte ich, würde die Dialektik von Systemauseinandersetzung und Kooperation erst so richtig in Gang kommen. Der Sozialismus würde attraktiver werden. Eine aus damaliger Sicht verständliche Auffassung, aber aus heutiger eine naive Illusion.

Ein drittes Problem, das bei den Diskussionen eine Rolle spielte, war die Bedeutung der Vereinigungsfrage. Burchard, von Bredow und Brocke rückten die Frage der „Wiedervereinigung“ keineswegs in den Vordergrund. Als „langfristige Option“ spiele sie aber durchaus eine Rolle. Im Vordergrund stand die Idee, die Vorzüge des westlichen Gesellschaftssystems im Rahmen einer engeren Kooperation stärker zur Wirkung zu bringen und wichtige Personengruppen in der DDR am Ausbau der Zusammenarbeit zu interessieren. Wörtlich formulierte einer der westdeutschen Teilnehmer: „Solange wir leben, steht das Problem der Wiedervereinigung nicht, aber es ist aus der Politik nicht wegzukriegen. Ein Abschied von der Reichsidee ist politisch nicht durchsetzbar.“ Gesagt wurde, „verkaufsstrategisch“ solle man nicht auf die „Wiedervereinigung“ hinweisen. Gleichzeitig zitierte aber ein anderer westdeutscher Teilnehmer eine Äußerung von Egon Bahr gegenüber dem französischen Außenminister: „Glauben Sie nie einem Deutschen, wenn er sagt, die Einheit sei nicht wichtig.“ Das klang so wie eine vom Wohlwollen gegenüber der DDR getragene Warnung an uns.

Interessant war in diesem Zusammenhang die von mir vertretene These, über Artikel 1 des Grundlagenvertrages solle man möglichst zu einer spezifischen Vertragsgemeinschaft zwischen DDR und BRD kommen. Man solle nicht den Begriff der „Konföderation“ verwenden (Walter Ulbricht hatte 1957 einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet). Aber mittelfristig gehe es sicherlich um „konföderale Elemente“, eben im Sinne einer Vertragsgemeinschaft für Friedenssicherung in Europa. Insofern gebe es auch Momente einer nationalen Frage. Das waren Gedanken wie sie insbesondere der Völkerrechtler Walter Poeggel am IIS in Leipzig vertrat. Die drei westdeutschen Wissenschaftler nahmen das interessiert zur Kenntnis. Im persönlichen Gespräch sagte mir dann einer von ihnen: Die DDR solle lieber „nicht die nationale Komponente ins Spiel bringen“. Das wäre der Versuch, „auf einem Tiger zu reiten“.

Wie uns keineswegs verheimlicht wurde, hatte die Initiative der drei Wissenschaftler einen handfesten politischen Hintergrund. Sie verstanden sich nicht nur als Vordenker einer zu präzisierenden Deutschlandpolitik, sondern sie waren es wohl auch. Sie deuteten an, dass ihre Thesen von verantwortlichen Politikern der SPD, FDP und von einer Mehrheit der CDU unterstützt würden. Eine ganz andere Position, darauf wiesen wir hin, bezog

aber z.B. der am 18. Mai 1988 als Verteidigungsminister berufene CDU-Politiker Rupert Scholz. Dieser hat Anfang 1988 ganz im Tone des Kalten Krieges erklärt: „Politische wie militärische Entspannung ist ohne Lösung der Deutschlandfrage letztlich nicht erreichbar.“<sup>25</sup> Die Führung der CSU stand insgesamt auf dieser Position. Sie wolle einen auf verstärkte Kooperation setzenden Kurs in der „Deutschlandpolitik“, wie unsere Gesprächspartner durchblicken ließen, nicht mitmachen.

Wie ich später erfuhr, gab es in den folgenden Monaten in Bonn keine parteiübergreifende Einigung auf das deutschlandpolitische Konzept unserer drei Gesprächspartner. Es war ja auch aus der Sicht der in der Bundesrepublik Regierenden alsbald überholt. Die Prämisse dieses Konzepts, nämlich eine längere Phase machtpolitischer Stabilität der DDR und damit auch eine bevorstehenden Phase entsprechender Beziehungen zur BRD, eine „Koevolution zwischen sozialer Marktwirtschaft und marktwirtschaftlichem Sozialismus“ wie es einer der westdeutschen Teilnehmer formuliert hatte, entfiel. Auf die Tagesordnung gesetzt wurde eine Politik, die darauf abzielte, die „Deutschlandfrage“ möglichst schnell „siegreich“ zu lösen.

Auch eine „rechtzeitige“ auf einen „geordneten Rückzug“ gerichtete Politik etwa im Frühjahr 1989 hätte wohl kein anderes Ergebnis bringen können als der dann erfolgte Anschluss der DDR an die BRD. Natürlich ist Geschichte, wie Rosa Luxemburg einmal sagte, immer wieder „Premiere“. Es gibt stets Alternativen. Aber Alternativen im Jahr 1989 waren infolge der veränderten Kräfteverhältnisse in Europa, vor allem der wachsenden politischen Schwäche der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, begrenzt. Ob in der DDR mit einer Doppelstrategie (sozialistische Erneuerung einerseits und Angebot konföderalen Vertragsgemeinschaft andererseits) zumindest partiell ein wirklicher Vereinigungsprozess hätte erreicht werden können, ist fraglich. Betrachtet man die nachfolgende Entwicklung, die Lähmung und Zerrüttung der SED und die Katastrophe des „Beutezuges Ost“ der westdeutschen Banken, Konzerne und Politiker, wäre es aber sicherlich einen Versuch wert gewesen.

Das Sondierungsgespräch vom 2. und 3. Mai 1989 ist dennoch von einem gewissen geschichtlichen Interesse. Es macht deutlich, wie die

---

<sup>25</sup> Zit. Nach: *Der Spiegel*, 2.5.1988



Kommunikation zwischen den Regierenden beider deutscher Staaten unterhalb der Regierungsebene erfolgte. Unübersehbar ist der völlige Bruch zwischen dem Geist der gutnachbarschaftlichen Kooperation in den Gesprächen und dem regelrechten Rachefeldzug gegen die DDR, wie er sich alsbald in der Deutschlandpolitik der BRD durchsetzte.

### **Kursänderung**

Dass die regierenden der Bundesrepublik bereits vier Monate später, im September 1989, ihren Kurs gegenüber der DDR voll auf „Wiedervereinigung“ ausgerichtet hatten (jedoch noch nicht per Anschluss), weiß ich aus eigener Kenntnis. Noch vor der „Wende“ gab es, um den 10. September herum, ein Angebot des Außenministeriums der Bundesrepublik an die Regierung der DDR, miteinander „über die Vereinigung“ zu verhandeln. Die Voraussetzung der Zweistaatlichkeit, „Jalta und die Stärke der Sowjetunion“, seien entfallen. An der entsprechenden Beratung in Ostberlin mit Vertretern des BRD-Außenministeriums nahm unter anderem der 1991 verstorbene Rechtswissenschaftler Karl-Heinz Röder teil, mein ehemaliger Chef am Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften. Er berichtete mir unter anderem davon am 15. September 1989 am Rande der gerade stattfindenden letzten Staats- und Rechtswissenschaftlichen Konferenz in Potsdam-Babelsberg. Wir beglückwünschten ihn dafür, dass er und die andern DDR-Teilnehmer das Verhandlungsangebot abgelehnt hatten.

Im Dezember 1989 sprach auf Einladung des IIS Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Westberlin, in Leipzig. Die Frage nach den Chancen zukünftiger konföderaler Strukturen zwischen BRD und DDR verneinte er. Das sei alles vorbei. Es ging nun um die „Wiedervereinigung“. Einer Einladung zu „einer Tasse Kaffee“, die er am Schluss der Veranstaltung aussprach, folgte eine ganze Reihe meiner Kolleginnen und Kollegen. Ich verzichtete. Die westdeutsche „Deutschlandpolitik“ war zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt: zum Konzept der Vernichtung und alsbald auch der Kriminalisierung der DDR. Nach 20 Jahren „zaghafte(r) Normalisierung“ der Beziehungen zwischen BRD und DDR kam eine `Vereinigung`, die so

aussieht, als ob die BRD auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges die DDR erobert hätte, weswegen unter dem Stichwort `Aufarbeitung´ denn auch nur ein Gerichtstag des `Rechtsstaats´ über die DDR vorbereitet wird“, urteilte der westdeutsche Verfassungsrechtler Helmut Ridder 1992 in seiner Trauerrede für den in den Selbstmord getriebenen PDS-Politiker Gerhard Riege in Jena.<sup>26</sup>

## **Hermann Jacobs: Warum nichts zum Lohn?**

Sowohl in der “offen-siv” Ausgabe 5/2020, als auch der “offen-siv” Ausgabe 7/2020 sind ausführliche Stellungnahmen kommunistischer Organisationen zur Geschichte des bisherigen Sozialismus/Kommunismus veröffentlicht. Die eine stammt von der Kommunistischen Organisation (KO), die andere von der Ideologischen Kommission der KPD, gedacht zur Vorbereitung ihres 31. Parteitages.

Was mir an beiden Veröffentlichungen auffällt, ist, dass sie keine Passage zur Lohnfrage enthalten, ja, dass das Wort Lohn nicht einmal in ihnen vorkommt. Kommunisten denken und schreiben aber doch für die Arbeiter. Lohn ist das *gesellschaftliche Verhältnis*, das die Arbeiter an das Kapital, den Kapitalismus bindet. Wie bindet? So, dass in ihm die Eigentumslosigkeit der Arbeiter an der Arbeit, die sie aber leisten, ausgedrückt ist. (Und wie, das hat Marx alles schon erklärt: Indem der Lohn ein auf die Wertbildung geltend gemachter Wert ist, d.h. immer durch ein begrenztes Verhältnis zur Produktion Gebrauchswerten nach bestimmt ist. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass nun das Kapital per Mehrwert den Prozess der steten Vermehrung der stofflichen Produktion an sich reißen kann und Kapital einen *imperialen Charakter* annimmt, Und das heißt: ökonomisch, dem Eigentumsverhältnis nach, expandiert, indem es zugleich Eigentumsverhältnisse zerstört.)

Damit ist die Forderung an den Kommunismus in aller Klarheit genannt. Lohn muss in eine Aneignungskategorie der stofflichen Arbeit (der Abteilung II/Konsumtionsmittel), damit wieder in eine Eigentumskategorie an der Arbeit

---

<sup>26</sup> Ansprache von Prof. Dr. Helmut Ridder auf der Trauerfeier für Prof. Dr. Gerhard Riege am 5. März 1992 im Luther-Haus zu Jena, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 05/1992, S. 638

umgewandelt werden: mit der stofflichen Mehrproduktion vermehren, heißt das.<sup>27</sup> Voraussetzung ist natürlich, dass Vollbeschäftigung gegeben ist.

Wie das konkret geschieht, d.h. wie Löhne vermehren, wie die stoffliche Produktion vermehrt, diese Frage nun müssen Kommunisten, kommunistische Organisationen, beantworten – im Sozialismus/Kommunismus praktisch, heute, noch im Kapitalismus befindlich, aber schon theoretisch. Das ist ihre Aufgabe (wie sonst will man Arbeiter gewinnen?).

Nun ist Lohn - könnte der Einwand kommen - im Kommunismus nicht alles, für den Kommunismus sein heißt, auch die Gesellschaft im Gesamten übernehmen. Das ist mehr als der Lohn, als die Lösung nur der Lohnfrage (im und durch den Kommunismus). Aber sie ist natürlich ein wichtiger Teil der Aufgaben, die generell der Lösung im Kommunismus anstehen, die also auch ein Verständnis der Problematik voraussetzen, die der Lohn im Kapitalismus, in seiner ersten geschichtlich-gesellschaftlichen Erscheinung, annimmt.

Frage also: Hat die KO und die KPD keine Lohntheorie bzw. Theorie der Lösung der Lohnfrage im/durch den Sozialismus/Kommunismus? Frage aber auch: Was hatten die sich real zum Sozialismus/Kommunismus formierenden Länder in der Lösung der Lohnfrage schon erreicht? Zum Beispiel: Hatten sie sie schon gelöst? Gehört die Antwort hierauf nicht *auch* zum Erfahrungsschatz, das der reale Sozialismus der Arbeiterbewegung insgesamt (weltweit) doch hinterlassen hat? Und das wir bewahren und u.U. weiter entwickeln wollen, ja sogar auch müssen?

---

<sup>27</sup>Die Schöpfung eines Mehrprodukts, die Produktion auch ihrer Erweiterung nach, geht damit keineswegs verloren – wie uns Apologeten des Kapitals drohen. Die stoffliche Grundlage einer erweiterten Reproduktion der Produktion besteht ja in einem besonderen Teil der Produktion der Abteilung I/Produktionsmittel, d.h. solchen Produktionsmitteln die über den Ersatz für die einfache Reproduktion hinausgehend produziert werden. Dies wird leider immer übersehen, wenn die Vorstellung von einer Rentabilität in der Produktion ausschließlich durch die Art und Weise, wie das Kapital – oder die Warenökonomie - sie versteht, geprägt wird,,

## Offener Brief an die Bundesregierung

***GBM, GRH, Deutscher Freidenkerverband, KPD-Berlin, Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,***

sehr geehrter Herr Frank-Walter Steinmeier, sehr geehrter Herr Außenminister Heiko Maas,

wir wenden uns an Sie, als unsere staatlichen Vertreter, auf die die Welt schaut.

Ihre Haltung zum Erhalt des Friedens und zu Russland sind nicht nachvollziehbar.

Denn die regierungsoffiziellen Handlungen vermitteln den Eindruck, dass immer stärker ein Krieg gegen Russland praktisch vorbereitet wird, wie u.a. mit der geheimen Übung des Einsatzes von Kernwaffen (vgl. Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 21.10.202

1.[https://de.sputniknews.com/politik/20201005328076297-aerzte-berliner-charite-proben-nawalny-keine-kampfgiftstoffe-entdeckt-lawrow/?utm\\_source=de\\_newsletter\\_links&utm\\_medium=email](https://de.sputniknews.com/politik/20201005328076297-aerzte-berliner-charite-proben-nawalny-keine-kampfgiftstoffe-entdeckt-lawrow/?utm_source=de_newsletter_links&utm_medium=email) und

2.[https://de.sputniknews.com/wissen/20200925327996375-bei-nowitschok-vergiftung-waere-nawalny-tot/?utm\\_source=de\\_newsletter\\_links&utm\\_medium=email](https://de.sputniknews.com/wissen/20200925327996375-bei-nowitschok-vergiftung-waere-nawalny-tot/?utm_source=de_newsletter_links&utm_medium=email))

Die Aufrüstung Deutschlands, die Bundeswehr und NATO-Kriegsübungen, die medialen und regierungsoffiziellen sich deutlich verstärkenden Kampagnen gegen Russland sind Anlass für unsere Sorgen. Zu deutlich sind massive wirtschaftliche Interessen der USA zum Schaden für die deutsche Wirtschaft und der Bevölkerung beider Staaten hinter Vielem erkennbar.

Deshalb ist auch nicht verwunderlich, dass nach all diesen sowohl diplomatischen als auch wirtschaftlichen Anfeindungen gegenüber Russland der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte, dass es unter diesen Umständen wenig Sinn mache, die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten aufrecht zu erhalten. Das wäre eine fatale Entwicklung und

würde der gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland großen Schaden zufügen.

Wir, die Vertreter mehrerer politischer Organisationen Deutschlands, fragen Sie deshalb als gewählte staatliche Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, ob Sie sich nach wie vor dem Grundgesetz verpflichtet fühlen, auf das Sie bei Ihrem Amtsantritt schwören mussten und in dem es u.a. heißt: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das **Grundgesetz** und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Die Verfassung jedes Staates - also auch unser Grundgesetz - ist dem Völkerrecht untergeordnet.

So ist es uns als mündige Bürger dieses Staates nicht egal, ob durch Ihre - besonders in letzter Zeit - fehlerhaften Entscheidungen in Fragen Russlands das friedliche Zusammenleben zwischen dem deutschen und dem russischem Volk leidet oder gar in einem heißen Krieg endet.

Nach zwei verheerenden Weltkriegen haben sich die Staaten der Welt geschworen: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, künftige Generationen vor der Gewalt des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat..., Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung der Verpflichtungen, die auf Verträgen oder anderen Quellen des Völkerrechts beruhen, aufrechterhalten werden können..., Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben.“ (Präambel der Vereinten Nationen).

Wir bitten Sie, dieses Friedenspfand im Umgang mit Russland nicht aufs Spiel zu setzen! Wir wollen auch in Zukunft, so wie die Mehrzahl der Bevölkerung der Bundesrepublik, **IN FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT IM INTERESSE UNSERER BEIDEN VÖLKER - DES DEUTSCHEN UND DES RUSSISCHEN VOLKES - ZUSAMMENLEBEN !**

Dazu würde unseres Erachtens gehören:

- alle Sanktionen gegenüber Russland aufzuheben;

- sich dafür einzusetzen, dass der im Februar 2021 auslaufende Atomwaffenvertrag zwischen den USA und Russland bedingungslos um 1 Jahr verlängert wird ; (So, wie es übrigens der russische Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen hat, statt wie es der jetzige US-Präsident Trump verlangte, diesen Vorschlag an Bedingungen zu knüpfen.)
- alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen;
- alle deutschen Truppen aus den gegen Russland gerichteten NATO-Militärübungen im Baltikum an der Grenze Russlands nach Deutschland zurückzuholen;
- einen Austritt der Bundesrepublik Deutschlands aus der NATO vorzubereiten.

Damit würden Sie als staatliche Vertreter der Bundesrepublik Deutschland nicht nur dem Grundgesetz folgen, sondern auch den Bestimmungen der UNO-Charta entsprechen, die ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben der Staaten der Welt vorsieht.

In Erwartung Ihrer Antwort

Vertreter der:

- Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) e.V.
  - Deutscher Freidenkerverband e.V.
  - Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
  - KPD Berlin
  - Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg
- i.A. Brigitte Queck, Vorsitzende „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, e-mail: anna.demok@gmx.de

## Partei der Arbeit Koreas

### ***David Green und Karsten Schönsee: Die historischen Verdienste der Partei der Arbeit Koreas beim Kampf gegen den modernen Revisionismus***

„Der Hauptfaktor dafür, dass das Sowjetvolk nach der Oktoberrevolution in kurzer Frist aus seinem Land eine Weltmacht machen konnte, bestand darin, dass Lenin seinen Nachfolger richtig auswählte. Stalin, sein treuer Kampfgefährte und Anhänger, war zeitlebens der Sache seines Führers treu.

Nach dem Ableben Lenins legte Stalin vor dem Verstorbenen einen 6-Punkte-Schwur ab. In der Folgezeit setzte er diesen im Verlauf der Führung der Revolution und des Aufbaus ganz in die Tat um. Als die deutsche Armee bis in die greifbare Nähe von Moskau vordrang, evakuierte er andere Mitglieder des Politbüros und Kader, blieb aber selbst weiter im Kreml und befehligte die Fronten.

Solange er am Leben war, funktionierten alle Angelegenheiten in der Sowjetunion reibungslos. Aber nach dem Machtantritt durch Chruschtschow begann die Sache schiefzugehen. Von da an erhob innerhalb der KPdSU der moderne Revisionismus sein Haupt und begannen die Sowjetbürger ideologisch zu erkranken.

Chruschtschow vergaß völlig die Gunst des Führers, der ihm zur Entwicklung verhalf, und schmähte Stalin unter Berufung auf den Personenkult. Und er schloss die alten Revolutionäre, die Stalin treu waren, ausnahmslos aus dem Politbüro aus und entfernte sie sogar aus den Reihen der Partei.“ (**Kim Il Sung**)<sup>28</sup>

Der marxistisch-leninistische Historiker Kurt Gossweiler erläutert dies und schreibt zur Rolle der Führungspersönlichkeiten im Sozialismus folgendes:

---

<sup>28</sup> Kim Il Sung: Erinnerungen. Mit dem Jahrhundert Band 8, Pyongyang, 1998, S. 345-346

„Am 5. März 1953, also noch in der Zeit meiner Arbeit im Parteiapparat, starb Stalin. Während der gewaltigen Trauerdemonstration, die in Berlin wie in der ganzen Welt stattfand, hörte ich nicht nur einmal die fast verzweifelte Frage: „Was soll denn nun werden? Wie wird es weitergehen?“ Ich habe damals gedacht und wohl auch diesem und jenem gesagt: „Wie kann ein Marxist nur so fragen? Es werden andere an seine Stelle treten und seine Sache, die Sache Lenins, weiterführen!“

Nur zu bald sollte ich feststellen, daß ich unrecht, daß ich die Rolle der Persönlichkeit doch unterschätzt hatte. Woher kam das? Mir war noch nicht klar, was ich erst langsam hinzulernte: daß nämlich die Rolle der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft um vieles bedeutsamer ist als im Kapitalismus.

Im Kapitalismus wäre ganz unmöglich, daß ein Partei- oder Staatsführer durch eine Politik des Verrates an seiner Klasse die kapitalistische Ordnung unterminieren und Schritt für Schritt und Stück für Stück in eine nicht mehr kapitalistische, in eine sozialistische überführen könnte.

Im Sozialismus aber ist ein solcher Weg der Unterminierung der sozialistischen Ordnung und ihre Perestroika in eine kapitalistische mittels einer Politik des Klassenverrates durch die Partei- und Staatsführung nicht nur möglich, sondern von Chruschtschow begonnen und von Gorbatschow zum Erfolg geführt worden.

Woran liegt das? Die Erklärung kennen wir eigentlich alle, aber wir machen sie uns nicht bewußt: Der Kapitalismus ist ein sich selbst regulierendes System, dessen Gesetzen die Menschen unterworfen sind.

Der Sozialismus ist in Theorie und Praxis eine Wissenschaft. Der sozialistische Aufbau muß also auch wissenschaftlich betrieben werden, d. h., der sozialistische Politiker und Ökonom muß die Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus kennen und darauf seine Politik aufbauen. Oder anders gesagt: Während der Prozeß der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus ein spontaner Prozeß ist, ist der Prozeß der Errichtung und Entwicklung des Sozialismus ein bewußter, organisierter Prozeß.



Das aber bedeutet, daß die Führungsqualitäten der führenden Persönlichkeiten im Sozialismus eine für das Schicksal des Sozialismus, für das Gelingen oder das Scheitern des sozialistischen Aufbaus, entscheidende Rolle spielen. Das bedeutet aber auch, daß die imperialistischen Politiker über ganz andere und wirkungsvollere Mittel der Einflußnahme auf die politische Entwicklung in den Ländern des Sozialismus verfügen, als umgekehrt. Das sozialistische System kann durch Einschleusung von Agenten des Imperialismus in seinen Herrschaftsapparat oder durch Korrumpierung von Führungskräften paralyisiert und sogar zerstört werden, das kapitalistische System nur durch den Kampf der Massen. Die Bourgeoisie weiß um diese besonders große Bedeutung revolutionärer Persönlichkeiten für den Sieg des Sozialismus offenkundig besser Bescheid als wir. Daher gehört die Planung von Morden an besonders fähigen, populären und unbestechlichen Führern der kommunistischen Parteien und der antiimperialistischen Bewegungen ebenso zum Alltagsgeschäft der imperialistischen Geheimdienste, wie die Zersetzung revolutionärer Bewegungen und der kommunistischen Parteien von innen. Und daher auch ihre besonders großen Hoffnungen auf das Ableben von besonders populären und hervorragenden revolutionären Führern, und die besonders intensiven Bemühungen, nach deren Tod auf die Wahl des Nachfolgers Einfluß zu nehmen. Dazu gab es die Einteilung der Führer der kommunistischen Parteien in die „Tauben“ die zu fördern und die „Falken“, die zu bekämpfen waren; später taufte man dann die zu Fördernden in die „Antistalinisten“ und „Reformer“ um, und die zu Bekämpfenden und zu Eliminierenden in „Stalinisten“ und „Betonköpfe.“ Schon in den letzten Wochen und Tagen Lenins hoffte man im Westen auf die Schwächung und Zersetzung der Sowjetmacht durch Machtkämpfe um die Nachfolge Lenins nach dessen Tod.“ (**Kurt Gossweiler**)<sup>29</sup>

„Die Quelle der Entstehung des Revisionismus ist, sich den bürgerlichen Einflüssen innerhalb des Landes zu fügen und nach außen hin vor dem Druck des Imperialismus zu kapitulieren. Sowohl der Revisionismus der

---

<sup>29</sup> Kurt Gossweiler: Zur Rolle Stalins und zum Anteil des Chruschtschow-Revisionismus an der Zerstörung der Sowjetunion. In: Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen? Band 1 Beiträge zur Faschismus- und Revisionismusanalyse, offen-siv, Bodenfelde, 2017, S. 151-152

Vergangenheit, als auch der moderne Revisionismus sind in ihrem Wesen und in ihrer Zielstellung gleich. Die einen wie die anderen leugnen unter dem Vorwand, die Zeit habe sich geändert, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus und fordern die Einstellung des revolutionären Kampfes“ (**Kim Il Sung**)<sup>30</sup>

### **Herausbildung des Juche in der ideologischen Arbeit**

Als der moderne Revisionismus in Gestalt des späteren KPdSU-Generalsekretärs N.S. Chruschtschow sein Haupt in der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung Mitte der 1950er Jahre erhob, führte Kim Il Sung 1955 erstmals den Begriff Juche (oder Dschutsche) ein. Der Begriff Juche meint in der wörtlichen Übersetzung „Sich auf die eigenen Kräfte verlassen“, „Selbständigkeit“ oder „Subjekt“. Juche wurde in der Rede Kim Il Sung vor Mitarbeitern für Parteipropaganda und –agitation vom 28. Dezember 1955 **„Über die Beseitigung des Dogmatismus und des Formalismus sowie über die Durchsetzung des Juche in der ideologischen Arbeit“**<sup>31</sup> erstmals gebraucht und erläutert. Während sich bereits davor im Antijapanischen Befreiungskampf einige einzelne Bestandteile der Juche-Ideologie zu formen begannen, wurden diese verstreuten Ideen erst mit dieser Rede Kim Il Sung zu einem zentralen Prinzip ausgearbeitet. Die Juche-Ideologie entwickelte sich also direkt aus dem Marxismus-Leninismus (den Lehren unserer Klassiker von Marx und Engels über Lenin und Stalin), sowie dessen Anwendung auf die Wirklichkeit der koreanischen Revolution. Die Juche-Ideologie kann also nur verstanden werden, wenn man den Marxismus-Leninismus anzuwenden versteht.

### **Konsequente Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus**

Die Juche-Ideologie ist also eine grundlegend antirevisionistische Ideologie und entstand im Kampf der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) gegen den Chruschtschow-Revisionismus, der dazu übergang das revolutionäre Erbe J.W. Stalins in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem

---

<sup>30</sup> Nach: Die Geschichte des revolutionären Wirkens des Präsidenten Kim Il Sung, Pyongyang, 2012, S. 405

<sup>31</sup> Kim Il Sung: Werke Band 9, Pyongyang, 1982, S. 457-484

sozialistischen Aufbau in der UdSSR zu verwerfen und den Marxismus-Leninismus grundsätzlich neu zu formulieren und damit zu verfälschen.

Was zu dieser Zeit (im Jahr 1955 und später) in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung los war, kann sehr gut in Band I von Kurt Gossweilers „Die Taubenfuß-Chronik oder Die Chruschtschowiade 1953-1957“<sup>32</sup> nachgelesen werden. Hier nur ein paar wichtige Notizen:

Rehabilitierung von Tito-Jugoslawien durch den neuen KPdSU-Führer Chruschtschow bei einem Besuch in Jugoslawien im Mai 1955. Schon bei seiner Ankunft auf dem Belgrader Flughafen sagt Chruschtschow „Teurer Genosse Tito“ und läßt Jugoslawien ein, wieder Teil des sozialistischen Lagers zu werden, das aber im Kominform-Brief vom Juni 1948 als „trojanisches Pferd des Imperialismus im sozialistischen Lager“ aus diesem ausgeschlossen worden war<sup>33</sup>

Beim Besuch von Chruschtschow und Bulganin in Indien im November und Dezember 1955 feiert Chruschtschows neuer außenpolitischer Kurs von der „friedlichen Koexistenz“ von Kapitalismus und Sozialismus und der „Entspannungspolitik“ erste Triumphe. Außerdem hebt er das Ansehen des indischen Premiers Nehrus und seines innenpolitischen Kampfes gegen die Kommunistische Partei Indiens gewaltig.

So zeichnen sich damals schon wesentliche Verfälschungen des Marxismus-Leninismus durch die modernen Revisionisten ab, die N.S. Chruschtschow bei seiner berühmt-berüchtigten „Geheimrede“ gegen J.W. Stalin und den sog. „Personenkult“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar 1956 verbreitet hat.<sup>34</sup>

Kim Il Sung setzt dagegen: „Als Bak Jong Bin von einer Reise in die Sowjetunion zurückkehrte, betonte er, dass wir auch die gegen den USA-

---

<sup>32</sup> Kurt Gossweiler: Die Taubenfuß-Chronik oder die Chruschtschowiade. 1953-1964. Band I, München, 2002, S. 41-58

<sup>33</sup> Siehe dazu: J.W. Stalin: Werke Band 15, Dortmund, 1979, S. 398-423

<sup>34</sup> Siehe dazu: Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin, 1990 und eine historische Analyse dieser Rede in: Grover Furr, Chruschtschows Lügen, Berlin, 2014

Imperialismus gerichteten Losungen zurückziehen müssten, wobei er sich darauf berief, dass die UdSSR den Weg der internationalen Entspannung beschreitet. Solche Erklärungen haben nichts mit revolutionärer Initiative gemein und sind nur geeignet, die revolutionäre Wachsamkeit unseres Volkes abzustumpfen. Sind etwa die US-Imperialisten nicht unsere für immer verfluchten Feinde, die unsere Heimat Erde in Brand steckten, unsere völlig unschuldigen Menschen in Massen ermordeten und heute noch den südlichen Teil unseres Heimatlandes weiter okkupiert halten?“<sup>35</sup>

Kim Il Sung und die PdAK erkennen die Gefahr, die von der beginnenden revisionistischen Uminterpretation des Marxismus-Leninismus durch Chruschtschows KPdSU ausgeht, und verteidigen den Marxismus-Leninismus in seiner Einheit und Reinheit mit dem Verweis auf die Juche-Ideologie: „Wenn wir von der Durchsetzung des Juche sprechen, kann dies mancher Genosse vielleicht falsch verstehen und die naive Meinung haben, wir brauchen nicht von anderen Ländern zu lernen, aber das ist durchaus nicht so. [...] Das] ZK der Partei wies darauf hin, dass es notwendig ist, das Gute sowohl von der Sowjetunion als auch von China zu lernen, und auf diese Weise eine Methode der politischen Arbeit zu entwickeln, die der Wirklichkeit unseres Landes entspricht.

Es ist wichtig, sich in der Arbeit die revolutionäre Wahrheit, die Wahrheit des Marxismus-Leninismus, anzueignen und sie im Einklang mit der Wirklichkeit unseres Landes anzuwenden. Es kann kein Prinzip geben, dem zufolge unbedingt alles auf sowjetische Weise zu machen ist. [...] Es ist wichtig, nicht die Formen und Methoden der Sowjetunion mechanisch zu kopieren, sondern von ihren Kampferfahrungen und den Wahrheiten des Marxismus-Leninismus zu lernen. Deshalb müssen wir von den Erfahrungen der Sowjetunion lernen, uns dabei aber hauptsächlich auf das Studium des Wesens ihrer Erfahrungen stützen und dürfen uns dabei nicht nur auf die Form orientieren.“<sup>36</sup>

---

<sup>35</sup> Kim Il Sung: Über die Beseitigung des Dogmatismus und des Formalismus sowie über die Durchsetzung des Juche in der ideologischen Arbeit. In: Kim Il Sung: Werke Band 9, Pyongyang, 1982, S. 464-465

<sup>36</sup> Ebenda. S. 466-467

„Nur eine fremde Form nachzuahmen, ohne sich die Wahrheiten des Marxismus-Leninismus anzueignen, ist absolut nutzlos und schädlich.

Wie im revolutionären Kampf, so müssen wir auch beim Aufbau die Prinzipien des Marxismus-Leninismus konsequent durchsetzen sowie im Einklang mit den konkreten Bedingungen unseres Landes und unserer nationalen Besonderheiten schöpferisch anwenden. [...]

Der Marxismus-Leninismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln, eine schöpferische Lehre. Aus diesem Grunde kann man nur dann die unbezwingbare Kraft des Marxismus-Leninismus an den Tag legen, wenn er im Einklang mit den konkreten Bedingungen einer jeden Landes schöpferisch angewandt wird. Dasselbe kann man auch in bezug auf die Erfahrungen der Bruderparteien sagen. Die Erfahrungen der Bruderparteien erlangen ihren Wert nur dann, wenn wir sie studieren, uns ihr Wesen aneignen und sie richtig auf unsere Wirklichkeit anwenden; wenn wir sie umgekehrt voll und ganz übernehmen und so in der Arbeit Fehlschläge verursachen, fügen wir unserer Arbeit nicht nur Schaden zu, sondern setzen damit auch die wertvollen Erfahrungen der Bruderparteien herab.“<sup>37</sup>

Ein weiterer Schwerpunkt der Lehren der PdAK, einer kommunistischen Regierungspartei, beim Kampf gegen den modernen Revisionismus liegt in ihrem konsequenten Kampf gegen den **Bürokratismus**: „Die Hauptsache bei der Erziehung der Parteimitglieder besteht darin, bei ihnen und besonders bei den Kadern eine richtige Einstellung zu den Massen herauszubilden. Infolge des Fehlens solch einer Einstellung zu den Massen gibt es nach wie vor Bürokratismus. Das ist ein großer Mangel in unserer Parteiarbeit. [...] Die Massen, von denen wir sprechen, das sind werktätige Massen, auf die wir uns stützen, das sind die Arbeiter, die Bauern und unsere Verbündeten, die uns unterstützen und uns folgen. Unbedingt müssen wir auf ihre Stimme hören und ihre Interessen verteidigen. Alle – mögen es nun Partei- oder Verwaltungsfunktionäre oder Mitarbeiter der gesellschaftlichen Organisationen sein – müssen konsequent den Standpunkt haben, für die Interessen der Revolution und der Massen zu arbeiten. [...] Eine Partei, die von den Massen losgelöst ist, ist wie ein Fisch ohne Wasser. Mit wem sollte

---

<sup>37</sup> Ebenda. S. 468

eine Partei ohne Massen die Revolution durchführen? Nicht nur, dass solch eine Partei in der Revolution nicht zu siegen vermag, auch ihre Existenz wird letzten Endes gefährdet sein.“<sup>38</sup>

„Ferner ist es wichtig, die Genossen mit dem Glauben an die Perspektiven der Revolution sowie mit **Optimismus** zu erfüllen. [...] Um die Mitglieder unserer Partei zu unbeugsamen Kämpfern zu machen, die stets optimistisch auf die Perspektiven der Revolution blicken, ist es notwendig, die Erziehung im Geiste des Marxismus-Leninismus zu verstärken. Ohne klares Verständnis für die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und für die Unausbleiblichkeit des Sieges des Sozialismus und Kommunismus kann es weder Zuversicht in den Sieg noch einen hohen Geist und den Kampfwillen geben, sich keinerlei Schwierigkeiten zu beugen.“<sup>39</sup>

### **Kampf gegen den modernen Revisionismus durch die Juche-Ideologie**

Kim Il Sung sagte 1955 folgendes: „Im Jahre 1955 stellte unsere Partei den unbeirrbaren Kurs der Herausbildung des Juche auf und hat seit jener Zeit einen energischen ideologischen Kampf zu seiner Verwirklichung geführt. Das Jahr 1955 bedeutet einen Wendepunkt im beharrlichen Kampf unserer Partei gegen den Dogmatismus. Faktisch begann zu dieser Zeit unser Kampf gegen den modernen Revisionismus, der innerhalb des sozialistischen Lagers entstanden war. Unser Kampf gegen den Dogmatismus verband sich somit mit dem Kampf gegen den modernen Revisionismus.“<sup>40</sup>

Somit kann festgehalten werden, dass Kim Il Sung den modernen Revisionismus, der sich mit der Machtübernahme Chruschtschows in der UdSSR im sozialistischen Lager ausbreitete, erkannt und auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus bekämpft hat. Daher konnte auch der von den Revisionisten unterstützten fraktionistischen Putsch innerhalb der PdAK auf

---

<sup>38</sup> Ebenda. S. 478-479, siehe dazu auch: Kim Il Sung: Über die Liquidierung des Bürokratismus (1. April 1955). In: Kim Il Sung: Werke Band 9, Pyongyang, 1982, S. 262-277

<sup>39</sup> Ebenda. S. 480

<sup>40</sup> Kim Il Sung nach: Kurze Geschichte der revolutionären Tätigkeit des Genossen Kim Ir Sen (= Kim Il Sung), Pyongyang, 1970, S. 214-215

einer Parteikonferenz vom 3. bis 6. März 1958 entlarvt und zerschlagen werden.

Ein weiterer Meilenstein in der Analyse der Probleme und Schwierigkeiten innerhalb des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ist der Bericht Kim Il Sung's auf der Parteikonferenz der PdAK vom 5. Oktober 1966 „**Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben unserer Partei**“<sup>41</sup>. Hier entwickelt Kim Il Sung im ersten Abschnitt „Die internationale Lage und einige Fragen der kommunistischen Weltbewegung“ die Sichtweise der PdAK auf die schädliche Wühltätigkeit des modernen Revisionismus und seiner Komplizen.<sup>42</sup>

Darüber hinaus sind noch die folgenden wichtigen Werke Kim Il Sung's zur Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den modernen Revisionismus aus den 1960er Jahren zu nennen:

Kim Il Sung: **Über die Fragen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Diktatur des Proletariats** (Rede vor Mitarbeitern auf dem Gebiet der ideologischen Parteiarbeit, 25. Mai 1967)<sup>43</sup>

Kim Il Sung: **Über einige theoretische Probleme der Ökonomik** (Antwort auf Fragen von Funktionären des Bereiches Wissenschaft und Bildung, 1. März 1969)<sup>44</sup>

**Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus unter M.S. Gorbatschow**

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre entfaltete Kim Jong Il eine unermüdliche ideologisch-theoretische Tätigkeit für die Verteidigung und Voranbringung der sozialistischen Sache: „Um im erbitterten Kampf gegen die Feinde aller Schattierungen den Sozialismus zu verteidigen und weiter voranzubringen, ist

---

<sup>41</sup> Kim Il Sung: Werke Band 20, Pyongyang, 1984, S. 348-439

<sup>42</sup> Ebenda. S. 349-385

<sup>43</sup> In: Schriftenreihe der KPD Heft Nr. 173, Mai 2004, ISSN 1433-6375 oder: Kim Il Sung: Werke Band 21, Pyongyang, 1983, S. 238-255

<sup>44</sup> In: Schriftenreihe der KPD, Heft Nr. 187, Juli 2004, ISSN 1433-6375 oder: Kim Il Sung: Werke Band 23, Pyongyang, 1985, S. 398-424

es notwendig, entsprechend den Forderungen der Epoche und der fortschreitenden Revolution die revolutionären Ideen und Theorien der Arbeiterklasse weiterzuentwickeln und zu vervollständigen.“

Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre stieß die souveräne Sache der Völker und das sozialistische Werk auf große Widrigkeiten der Imperialisten und anderer Reaktionäre. Manche sozialistischen Länder waren darauf ausgerichtet mit dem Wind der Perestrojka und Reform den Sozialismus rasch entarten zu lassen, den Kapitalismus zu restaurieren. So entstand die Situation, dass in der Sowjetunion und mehreren sozialistischen Ländern Osteuropas der Sozialismus hintereinander zusammenbrach und der Kapitalismus eingeführt wurde. Unter Ausnutzung dieser Gelegenheit faselten die Imperialisten und anderen Reaktionäre lauthals vom „Ende des Sozialismus“ und verunglimpften böse das sozialistische Ideal. Mit der Vertiefung des sozialistischen Aufbaus in der DVRK unter der Juche-Ideologie zeigte sich auch die Begrenztheit der vorangegangenen revolutionären Ideen und Theorien der Arbeiterklasse, insbesondere der Theorie über den sozialistischen Aufbau noch deutlicher.

Die Überlegenheit des auf der Juche-Ideologie beruhenden Sozialismus Koreas besteht nicht nur darin, dass der Herr der Staatsmacht und der Produktionsmittel die Volksmassen sind, sondern auch darin, dass ihnen in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und ideologisch-kulturellen Lebens ein wirkliches souveränes und schöpferisches Dasein gesichert wird. Eben darin liegt die Überlegenheit des sozialistischen Lebens gegenüber dem kapitalistischen Leben, und sogar die größte Vorzüglichkeit des Sozialismus koreanischer Prägung gegenüber dem Sozialismus anderer Länder, der nur auf der Grundlage der materialistischen Weltanschauung aufgebaut war und dem die menschenzentrierte Juche-Ideologie fehlte.<sup>45</sup>

Daher stellte Genosse Kim Jong Il in Bezug auf den Revisionismus in seiner Abhandlung zum 47. Jahrestag der Gründung der PdAK „**Über Grundfragen des Aufbaus einer revolutionären Partei**“ vom 10. Oktober 1992 angesichts des totalen Zusammenbruchs des modernen Revisionismus in der Ära

---

<sup>45</sup> Nach: Die Geschichte des revolutionären Wirkens des Führers Kim Jong Il, Pyongyang, 2015, S. 226-228



Gorbatschows (mit Perestrojka und Glasnost), sowie den Aufgaben der Kommunisten beim Kampf gegen den Revisionismus fest:

„Es ist die bürgerliche Ideologie, die direkt mit der sozialistischen konfrontiert ist, aber sie kann niemals die Anziehungskraft der sozialistischen Ideologie hemmen. Die bürgerliche Ideologie, die gewinnsüchtige Forderungen der Ausbeuterklasse widerspiegelt, kann ihr reaktionäres Wesen nicht bemänteln, selbst wenn sie sich mit heuchlerischen Worten schönfärbt. Es ist selbstverständlich, dass die werktätigen Volksmassen nicht die bürgerliche Ideologie, die die Forderungen der ihre Souveränität mit Füßen tretenden Ausbeuterklasse widerspiegelt, sondern die sozialistische Ideologie akzeptieren, die ihren souveränen Forderungen entspricht. Aus diesem Grunde nutzten die Imperialisten und Kapitalisten den Revisionismus, ein Produkt der Revision der sozialistischen Ideologie nach ihrem eigenen Geschmack, als ein ideologisches Werkzeug aus. Der Revisionismus bleibt nach wie vor die Hauptgefahr für die Verwirklichung des Werkes des Sozialismus. Der Revisionismus, die Widerspiegelung der bürgerlichen Ideologie in der kommunistischen Bewegung, trat in den kapitalistischen Ländern dem revolutionären Übergang zum Sozialismus in den Weg, während er in den sozialistischen Ländern den Weg zur Restauration des Kapitalismus eröffnete und dabei als ein ideologisches Werkzeug der Imperialisten für die Strategie des „friedlichen Übergangs“ ausgenutzt wurde. Wie hinterlistig der moderne Revisionismus sich auch tarnen mag, wir müssen sein reaktionäres Wesen durchschauen und mit aller Konsequenz gegen ihn vorgehen und ihn zurückweisen.“<sup>46</sup>

**Hinweis:** Alle im Artikel aufgeführten Bücher aus der DVRK können unter der Internetadresse [www.korean-books.com.kp](http://www.korean-books.com.kp) als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

---

<sup>46</sup> Kim Jong Il: Über Grundfragen des Aufbaus einer revolutionären Partei. (10. Oktober 1992). In: Kim Jong Il: Werke Band 13, Pyongyang, 2009, S. 188

## Münchener Räterepublik

### ***Heinz Ahlreip: Die Münchener Räterepublik***

Die Münchener Räterepublik nimmt historisch einen Zeitraum von zirka einem halben Jahr ein, sie datiert vom 7. November 1918 und endet am 6. Mai 1919, nach der Blutwoche ihrer Niederschlagung. Mit zum Entstehen der Räterepublik hat sicherlich die hohe Zahl an Verlusten geführt, die Bayern im ersten Weltkrieg zu verkraften hatte, die Bulletins summieren die Zahl der Gefallenen auf 200.000. Im Vorfeld ist der Münchener Januarstreik 1918 in den Rüstungsbetrieben zu beachten, an dem Kurt Eisner führend beteiligt war, was ihm eine Haftstrafe bis zum Oktober 1918 einbrachte. Nach einigen Tagen auf freiem Fuß wurde er zu einer Schlüsselfigur am Anfang des halbjährigen Szenarios. Am 8. November 1918 proklamierte er den ‚Freistaat Bayern‘.

Dieser weist drei bemerkenswerte Eigentümlichkeiten auf: Nur in Bayern kam es zu einer hohen Massierung von Bauernräten, die in anderen Räteregionen Deutschlands gar nicht aufzufinden waren. Und hinzukommt, dass ausgerechnet in der deutschen ‚Vendée‘ die Novemberrevolution den ersten Sieg zeitigte, den ersten Sieg in einem zutiefst agrar-katholischen Milieu, das dem Rätegedanken nicht freundlich gesinnt war und seine Lebensdauer beeinträchtigte. Das rückständigste Land war das erste, in dem die Monarchie abgeschafft und die Republik ausgerufen wurde. Und drittens ist die Trägerschaft der Revolution auffällig, es ist mitnichten eine homogene, - ja die Frage erhebt sich, ob nicht Akademiker, Schriftsteller, Dichter, Künstler aus Schwabing und dessen Bohème in ihr mehr Gewicht hatten als Arbeiter, Bauern, Soldaten, auch Matrosen, die aus Norddeutschland gekommen waren.

Die Rätebewegung war aus einer Friedensdemo, in der die Parolen ‚Brot und Frieden‘ und ‚Nieder mit dem Kapitalismus‘ vorherrschten, entstanden und diese ist quasi in die Republik hineingeschlittert. Immerhin war die Systemfrage (Ablehnung des Kapitalismus) schon eingegeben. Am 7. November trafen sich ungefähr 50.000 Demonstranten auf der Theresienwiese, aber schon beim ‚Friedensengel‘ machte die von Auer angeführte SPD halt und erklärte die Demo für beendet. Aber ein harter Kern von 2.000 Kämpfern mit Eisner an der Spitze marschiert weiter zu den

Kasernenkomplexen und erreicht, dass eine Kaserne nach der anderen fällt, die Soldaten verlassen sie, manche zerbrechen die Gewehre, manche laufen zu den Demonstranten über, manche ziehen die Uniform aus und verschwinden.

Der König Ludwig III. verlässt München und nimmt die 738jährige Geschichte seiner Wittelsbacher Sippe gleich mit. Eisner, ein ‚Unabhängiger Sozialdemokrat‘, Pazifist und Kantianer, wird Ministerpräsident des Freistaates und Außenminister, er erhofft sich sehr viel vom amerikanischen Präsidenten Wilson und hofft durch Präsentation einer sauberen ‚Demokratie Bayern‘ die Friedensbedingungen der Siegermächte milde zu gestalten. Fatalerweise fällt das Innenministerium dem mit Noske in Verbindung stehenden Mehrheitssozialdemokraten Auer zu und diese Verbindung sollte das traurigste Kapitel der bayrischen Räte-demokratiegeschichte schreiben.

Die Umwälzung hat das bis dahin düstere Königreich mit Sonnenstrahlen des Fortschrittes erwärmt: Freilassung der politischen Gefangenen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Acht-Stundentag, Koalitions- und Versammlungsrecht, Trennung von Staat und Kirche (was die Beendigung eines Religionszwanges in den Schulen bedeutete, die Eltern konnten einen Ethikunterricht ersatzweise wählen) Koedukation, Aufhebung des Heiratsverbot für Lehrerinnen, Reform des Gesinderecht (das Gesinde hatte nicht mehr 24 Stunden zur Verfügung zu stehen, sondern nur noch acht).

Die Pfaffen bekamen Schaum vor dem Mund. *„Der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat setzt sich aus dem Abschaum der Bevölkerung zusammen, aus vielen Nichtbayern, aus der Marine, Juden, Einheimischen, die schon lange gegen Adel und Klerus aufbegehren, und kaum aus Bürgern und Soldaten, die wirklich an der Front waren“* (Pacelli, Nuntiaturberichte, Dokumente 905).

Die Räte schossen wie Pilze aus dem Boden, insgesamt gab es fast 7000 verschiedene Räteorganisationen: Schülerräte, Künstlerräte in Schwabing, den von Heinrich Mann mitbegründeten Rat der geistigen Arbeit, Frauenräte, bei denen sich die Eigentümlichkeit auftat, dass die Männerräte, auch sozialdemokratische, eine Frauenquote ablehnten und sich auch gegen gleichen Lohn für gleiche Arbeit aussprachen. Der Anteil der Frauen in den Räten war mit 2,8 % sehr gering, in ganz München gab es nur 11 Rätinnen, im ‚Revolutionären Arbeiterrat‘ gab es nur 3 Frauen (von 400 Mitgliedern). Die höchste Beteiligung gab es noch bei den Betriebsräten, in ihnen betrug der

Anteil der Frauen 13,5 %. Im Landtag gab es 8 Frauensitze von 180. Aufschlussreich ist ein Plakat des Bundes sozialistischer Frauen: „Frauen u. Mütter! Wir hassen den Krieg, mehr noch den Bruderkrieg! Wir dulden nicht, dass Proletarier auf Proletarier schießen. Wir wollen, dass das Neue sich ohne Blutvergießen verwirklicht. Wir glauben an die Kraft des sozialistisch-kommunistischen Gedankens. Gedanken siegen ohne Blut. Wir wollen jede für sich und alle zusammen diesem Morden ein Ende machen. Proletarierbrüder! Hört uns! Handelt als Menschen einer neuen Gesellschaft!“ (F. Mon. 2934, Münchener Stadtbibliothek/Monacensia). Glauben heißt nicht Wissen und der wissenschaftliche Sozialismus weiß von keiner essentiellen Revolution ohne Blutvergießen zu berichten. Ernüchternd kommt hinzu, dass sozialdemokratische Frauen sich gegen eine Beteiligung in Räten aussprachen.

Eisner sah die Räte als eine Schule der Demokratie an, die Revolution ist nicht die Demokratie, die Revolution schafft erst die Demokratie. Eisner, der im Grunde eine Doppelherrschaft von Räten und Parlament anstrebte, sah für die Räte eine einjährige Schule vor, bis diese demokratiereif waren, was aber auf dem Papier bleiben musste, denn die MSPD und die bürgerlichen Parteien drängten auf eine baldige Landtagswahl, die Eisner gerade noch bis zum 12. Januar 1918 hinausschieben konnte. An diesem Tag brach das Inferno über die USPD herein, sie erhielt 2,5 % der Stimmen oder 3 von 180 Sitzen, die MSPD 33%, die Bayrische Volkspartei 35%.

Wir müssen bei dem folgenden Ablauf der Ereignisse im Hinterkopf behalten, dass 2/3 der Bevölkerung bei den Landtagswahlen nicht sozialistisch gewählt haben. Das politische Schicksal Eisners war besiegelt, aber nicht nur sein politisches.

Es gelingt Auer, eine Minderheitsregierung zu bilden, Eisner muss zurücktreten. Mit der Rücktrittserklärung in der Tasche wird er am 21. Februar 1918 auf seinem Weg zum Landtag von den Kugeln des Attentäters Anton Graf Arco von Vally tödlich getroffen. Der Schock dieser Tat bewirkt eine zweite Revolution in der Geschichte der Münchener Rätebewegung, aber auch diese zweite Revolution bleibt noch ohne Proklamation einer Räterepublik. Die Rätebewegung musste sich erst in eine Räterepublikbewegung steigern. Als Reaktion auf die Tat des Aristokraten

verletzt der Metzger Alois Lindner den Vorsitzenden der MSPD, Auer, im bayrischen Parlament schwer und tötet dabei versehentlich zwei Abgeordnete.

Die Abgeordneten des Landtages fliehen. Es kommt zu einem regelrechten Eisnerkult, in vielen Münchener Arbeiterwohnungen wird sein Bild aufgestellt. Die revolutionäre Stimmung schwillt erheblich an. Oskar Maria Graf schreibt in seinem Buch ‚Wir sind Gefangene‘ über die eskalierende Situation: *„Die Massen kamen ins Treiben, der Strom floß durch die Stadt. Das war ganz anders, ganz anders als am 7. November. Wenn jetzt einer aufgestanden wäre und hätte gerufen: ‚Schlachtet die Bürger! Zündet die Stadt an! Vernichtet alles!‘ Es würde geschehen sein“*. Der Nachfolger des schwerverletzten Auer wird Hoffmann, ebenfalls Mitglied der MSPD. Das rote Pflaster in München ist ihm zu heiß, er flieht mit seinem Verwaltungsstab in die katholische Bischofsstadt Bamberg, immer in Verbindung mit Noske in Berlin stehend, der über Panzerautos und Flugzeuge verfügt.

Es kommt zu einer Art Doppelherrschaft: Im urbanen München politisiert die Linke und es zeichnet sich eine Räterepublik ab, in der Provinz sammeln sich die Anhänger des historisch überholten Parlamentarismus. Es ist zu einer ähnlichen Situation gekommen, wie sie während der Zeit der Pariser Commune vorlag, in grober Skizze: Der revolutionären Hauptstadt steht die reaktionäre Provinz gegenüber. Ähnlich auch wie 1917 in Russland, nur dass zwischen dem Februar und Oktober die beiden Regierungsformen nicht rural-urban getrennt waren. Auch in der süddeutschen Novemberrevolution soll wie in Frankreich 1871 die bayrische Metropole erdrückt werden. Zunächst bewirkt Hoffman einen Lebensmittelboykott der Metropole, er will sie aushungern und es sei nebenbei bemerkt, dass die französischen Patrioten 1871 soweit nicht gingen. Man sieht, wozu eine tiefe Revolution gut ist.

Regelmäßig steigen in Bamberg Flugzeuge auf und werfen Flugblätter ohne Impressum ab. Es ist äußerst aufschlussreich, diese in der Münchener Stadtbibliothek zu studieren, denn sie zeigen, wie tief die SPD in den konterrevolutionären Sumpf versinken, wie rasch sie auf den grünen Buschen kommen kann, wenn es um die Rettung des Kapitals geht, wenn das kommunistische Gespenst härtere Konturen annimmt. Zwei Beispiele mögen einstweilen genügen: *„...In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen. Diese Schmach Bayerns darf keinen Tag, keine Stunde weiter bestehen... Ihr Männer der bayrischen Berge (nicht*

*Werke!/H.A.), des bayrischen Hochlandes, des bayrischen Waldes, erhebt Euch wie ein Mann...einen grünen Buschen am Hut und die weißblaue Binde am Arm sei Euer Erkennungszeichen... Das Gesamtministerium, gez: Hoffmann, Ministerpräsident...“ (F. Mon 210, 2572, München Stadtbibliothek/Monacensia. Zu finden ist dieses Zitat im Buch von Günther Gerstenberg, Räte in München, Anmerkungen zum Umsturz und zu den Räterepubliken 1918/19, Verlag Edition AV, Bodenburg, 2019, S. 103). Und auch das folgende Zitat auf Seite 123: *“Duldet ihr wirklich, dass nach dem Kommunistenideal alle Frauen jedem Manne gehören und damit in kürzester Frist restlos zu Huren werden?“* Hierbei trifft sich der Sozialdemokrat Hoffmann wortwörtlich mit den Denunzierungen des Erzbischofes von München und Freising Michael von Faulhaber, mit dem dann auch vereinbart war, als Signal für die Freikorpstruppen zum Angriff auf das rote München alle Glocken der Stadt Sturm läuten zu lassen.*

Was für eine kooperative Gemeinheit gegenüber den Tausenden und Abertausenden verängstigten katholischen Frauen, was für eine Verhetzung von Frauen, die als Material im Klassenkampf von rechten Sozialdemokraten und katholischen Klerikern gleichermaßen geistig missbraucht wurden. Ganz bewusst wurden ihre Ängste durch Lügen geschürt. Die Commune ist eine Hurenrepublik, das wurde versucht, besonders den zitternden Landfrauen einzuimpfen. So kämpfte und kämpft die rechte SPD für Menschenrechte. Diese Partei bekämpfte die Räte, weil sie in ihnen zu Recht eine Gefahr für die Herrschaft des Kapitals sah. Wo es auch sei und wann es auch sei, immer, wenn wir revolutionäre Erhebungen in Deutschland analysieren, diese Partei lässt kein konterrevolutionäres Fettnäpfchen aus. Sie ist in der Tat ein stinkender Leichnam, nur muss er von revolutionären Händen noch unter die Erde gebracht werden.

Es sei an dieser Stelle etwas Grundsätzliches über das Verhältnis von Parlamenten und Räten gesagt, zunächst zu ihrer historischen Entwicklung und dann zu den Beziehungen der Leninisten, der unabhängigen Sozialdemokraten und der Mehrheitssozialdemokraten zum Verhältnis der beiden Herrschaftsformen zueinander, wie sie sie in der Münchener Räterepublik auszugestalten suchten.

In der französischen Revolution gab es noch keine Räte, auch noch keine Parteien. In der 48er Revolution gab es keine Räte, aber es gab politische

Parteien. Die Räte tauchen auf in der Pariser Commune und Marx hat ihre Hauptzüge und ihren Gegensatz zum bürgerlich parlamentarischen Kretinismus in seinem Werk ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘ prägnant aufgezeichnet: *„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts musste der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst“*. (Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975, S. 301).

Hier liegt in theoretischer Hinsicht die Schlüsselstelle des demokratischen Kerngehaltes der Räte Demokratie vor. Eine mächtige Rätebewegung gab es in der russischen Revolution von 1905, aus der heraus Lenin die Räte als ‚Keimformen des Absterbens jedes Staates‘ bestimmte, in dessen Verfallsprozess auch die Demokratie einschlafen wird. Es muss eine bestimmte, bereits hohe Phase der Entwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus vorliegen, dass eine Homogenität des arbeitenden Volkes, eine Einheit von Volk, Arbeiterklasse, Kommunisten und Parteilosen, und wissenschaftlichem Sozialismus, vielleicht schon nach aufgehobenen Gegensatz von Arbeitern und Bauern, vorliegt, dass noch bestehende Institutionen nicht mehr klassenkämpferisch beseitigt werden müssen.

Einschlafen der Demokratie deutet auf einen geringen Klassenkampfgrad innerhalb einer sehr homogenen Gesellschaft hin. Hinter dem heutigen Firlefanz des weltoffenen Pluralismus verbirgt sich die Spaltung der Völker und ihrer Ausbeutung durch das internationale Kapital. Rosa Luxemburg, die übrigens vehement und argumentativ überzeugend auf das Überflüssigwerden auch des Marxismus-Leninismus im Kommunismus hingewiesen hat (wozu

soll er anleiten, da die Handlungen nicht mehr politische sein werden) hat sich intensiv mit der russischen Revolution von 1905 auseinandergesetzt und sehr fortschrittliche Elemente in ihr ausgemacht, blieb aber in der SPD mit ihrer Forderung, aus ihr zu lernen, in der Minderheit, die Genossen fühlten sich dem großen Ereignis von 1905 theoretisch und praktisch überlegen.

In der Novemberrevolution in Deutschland 1918/19 hatten sie nichts gelernt und auch nichts vergessen, sie erschossen die Räte und Karl und Rosa gleich mit.

12 Jahre nach den Ereignissen in Russland 1905 können wir dort für neun Monate, vom Februar bis zum Oktober 1917, eine Doppelherrschaft verfolgen, in der die Räte die Macht *freiwillig* der Bourgeoisie überlassen. Es hatte sich so tief in den Gehirnen der sogenannten einfachen Menschen, auch in denen von Kommunisten, festgesetzt, dass sie nicht regieren können. Erst die Aprilthesen von Lenin öffneten den jahrhundertlang gequälten Arbeitern und Bauern die Augen, er ordnete eine Aufklärung der Köpfe an, damit die Bolschewiki die Mehrheit in den Sowjets erringen konnten. Diese Mehrheit musste abgewartet werden, denn sie war die Garantie für den Sieg im Oktober.

In München hatte sich im April 1918 eine Räterepublik herausgebildet, obwohl bei den Landtagswahlen am 12. Januar 2/3 nicht sozialistisch gewählt hatten. Noske hatte mit seinen Freikorpstruppen in der ersten Maiwoche militärisch relativ leichtes Spiel, das Kräfteverhältnis war ohnehin 3:1 gegen die Räte, und ließ ein Blutbad in München anrichten, die roten Insurgenten seien nicht unter den Schutz der Genfer Konvention zu stellen. Sein Schüler Hitler war da gemäßigter, er beschränkte sich nur auf rote Politikommissare.

Räte können nur als revolutionäre Kampforgane aufgefasst werden und in der Stellung zu ihnen spiegeln sich Klassenwidersprüche wider. Kommen wir auf die Münchener Räterepublik zurück. Eindeutig waren die Kommunisten und nur sie allein auf die Alleinherrschaft der Räte fixiert. Der unabhängige Sozialdemokrat Eisner sah in den Räten bescheiden und verfehlt genug ein provisorisches Nebenparlament (Parlament !!!) und war auch sonst genügsam, die Räte dürften Kontrollrechte wahrnehmen bis zur Bezirksebene und über das endgültige Verhältnis zur Nationalversammlung habe diese zu



entscheiden. Bis dahin haben die Räte aber ein volles Auskunftsrecht gegenüber allen Behörden.

Eisner brauchte die Räte im Grunde für ein Jahr als Pflanzschule der Demokratie, wie zerbrechlich revolutionäre Rätewacht in seinen Händen war, zeigte sich am 17. November 1917, als er zu den Revolutionsfeiern eine geplante Militärparade ablehnte und sich für eine Kulturveranstaltung mit klassischer Musik aussprach. Für die Mehrheitssozialdemokraten unter Auer hatten die Räte keine politische Substanz und keine Zukunft. Da sie es nun aber einmal gab, waren für sie in München polizeiliche Aufgaben vorgesehen (Bekämpfung des Schwarzhandels). Auer nannte Eisners Rätekonzept ein Zwitterding und hierin hatte er ausnahmsweise einmal Recht. Die Räte hätten sich nur aus eigener Kraft durch die Unterstützung der Kommunisten emporheben können, weder Eisner, noch weniger Auer, der sie ja generell ablehnte, waren ihre Förderer.

Einen Aufschwung erhielt die Rätebewegung durch den Sieg der Räte in Budapest und durch ihre Bildung in Wien. Aus Bremen, Berlin, aus dem Ruhrgebiet, aus Sachsen und Thüringen waren Räteaktivitäten zu vermelden. Am 7. April 1918 kam es zur Bildung der ersten Räterepublik ohne Zustimmung der Kommunisten. Und diese Republik brachte der Arbeiterklasse immerhin zwei soziale Verbesserungen: Die Metaller bekamen 80 % mehr Lohn und für die Drucker verkürzte sich die Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden. Aber einen wirklich durchschlagenden Erfolg brachte erst die zweite Münchener Räterepublik, der der Kommunist Leviné vorstand. Jetzt wurde längst Versäumtes nachgeholt: Bürgerliche Zeitungen wurden verboten, der Eisenbahn- und Straßenverkehr wurde unter Rätekontrolle gestellt, der Telefon- und Telegrafverkehr überwacht, Revolutionsgerichte gebildet, Gehamstertes requiriert, Obdachlose in leerstehenden Wohnraum einquartiert. Es wurde ernst. DIE BANKEN WURDEN DER ARBEITERKONTROLLE UNTERSTELLT, was ja die Pariser Kommune als einen Kardinalfehler überhaupt unterlassen hatte. In Safes liegendes Geld wurde beschlagnahmt. Der Finanzminister der Münchener Räterepublik, der deutsch-argentinische Kaufmann Silvio Gesell, der Begründer der Freihandelslehre, betrieb eine Politik der negativen Zinsen, was beabsichtigte, Geldhortung zu unterbinden und es in die Zirkulation hineinzubewegen, da es

nach Gesell, worauf mich Mike Nagler hingewiesen hat, ständig an Wert verliere (Schwundgeld).

Die Niederwerfung der Rätewacht in München war historisch eine ausgemachte Sache, selbst wenn die Rätewacht gegen deutsche Freikorps gewonnen hätten, so standen immer noch französische Siegertruppen bereit, den rätewachtrevolutionären Unruheherd für europäische Lords und Plutokraten auszulöschen. Wir hatten oben bereits den Namen Heinrich Mann erwähnt, auch sein Bruder Thomas lebte damals in München und ließ vernehmen, dass er nichts dagegen hätte, wenn jetzt die Roten fusiliert werden. So unterschiedlich können Brüder sein.

Wir hatten bereits Zahlenverhältnisse vernommen: 2/3 hatten sich bei Wahlen gegen den Sozialismus ausgesprochen, die Truppenstärke der Roten betrug 12.000, die der Weißen 36.000 mit wesentlich besserer technischer Ausrüstung (Flugzeuge und Panzerautos). Noske hatte seiner Lynchjustiz freie Hand gegeben, Standgerichte wüteten vom 1. bis zum 6. Mai und man war an die Pariser Blutwoche im Mai 1871 erinnert, zu der Marx folgendes angab: *„Um ein Seitenstück zu finden für das Benehmen des Thiers und seiner Bluthunde, müssen wir zurückgehn zu den Zeiten des Sulla und der beiden römischen Triumvirate (den beiden Diktaturen der Feldherren Pompejus, Cäsar, Crassus // Octavian, Antonius und Lepidus, H.A.). Dieselbe massenweise Schlächtereie bei kaltem Blut; dieselbe Mißachtung, beim Morden, von Alter und Geschlecht; dasselbe System, Gefangene zu martern; dieselben Ächtungen, aber diesmal gegen eine ganze Klasse; dieselbe wilde Jagd nach den versteckten Führern, damit auch nicht einer entkomme; dieselbe Angebereie gegen politische und Privatfeinde; dieselbe Gleichgültigkeit bei der Niedermetzlung von dem Kampf ganz fremden Leuten. Nur der eine Unterschied ist da, daß die Römer noch keine Mitrailleusen (Die Mitrailleuse ist ein manuell bedientes Salvengeschütz und wurde ursprünglich 1850 in Belgien entwickelt und von der französischen Armee 1871 gegen die Pariser Commune eingesetzt; d.Red.) hatten, um die Geächteten schockweise abzutun, und daß sie nicht ‚in ihren Händen das Gesetz‘ trugen, noch auf ihren Lippen den Ruf der ‚Zivilisation‘“* (Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975, S. 317). Und wie schildert nun Günther Gerstenberg das Massaker von München? *„...Nach der Schießereie*

*begannen einzelne Soldaten...auf den armen Opfern herumzusteigen und nach etwa noch Lebenden zu suchen, um auch sie vollends zu töten...das Gesicht eines der Opfer wurde hierbei nach ärztlichem Ausspruch ‚wie eine Briefmarke‘ breitgetreten. Auf jeden, der noch zuckte, wurde mit den Füßen gestoßen, sowie mit Seitengewehren eingeschlagen und eingestochen. Einer der Soldaten versuchte, einen Verwundeten mit den Füßen totzutreten ... Einem der Gefangenen wurde durch einen Schlag das ganze hintere Schädeldach abgetrennt. Einem anderen versetzte M. drei klaffende Stirnhiebe, so dass das Gehirn herausquoll. Auch mit Dolchen wurde auf die Opfer eingestochen; in einem Falle wurde der Stich so wuchtig ausgeführt, dass der Dolch in der Brust des Opfers steckenblieb...“ (287 StA.Mü I,2.766/II, StAM.). Da haben wir die ganze sozialdemokratische Zivilisation vor uns, in deren Genuss auch der Anarchist Gustav Landauer kommen sollte, auch er, der dem Marxismus dialektischen Mist vorwarf (Vergleiche Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus, Verlag Büchse der Pandora, Marcan-Block-Verlag, Köln, 1923, S.30), wurde angeschossen und dann von Soldateska-Stiefeln zu Tode getrampelt.*

Die Gründe für das rasche Eingehen der Räteblüte in München sind noch kurz zusammenzufassen: Gravierende Fehler wurden gleich am Anfang gemacht, Eisner war vernarrt in die Pressefreiheit, in die bürgerliche wohlgemerkt, jeder reaktionäre Schund wurde zugelassen. Vor allem wurde der Fehler der Pariser Kommunarden anfangs wiederholt, keiner dachte daran, die Banken unter die Arbeiterkontrolle zu stellen und der Bourgeoisie ihr gefährlichstes Werkzeug aus den Händen zu schlagen. Gleicher Arbeitszwang für alle und die Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln blieben zunächst schlafende Parolen. Der Ansatz war falsch, eine politische Revolution wurde zu lange seicht gehalten, sozial-revolutionäres Gedankengut vernachlässigt, kurz: Die Münchner Rätebewegung war eine politische Revolution ohne sozialen Tiefgang. Dieser wurde zu spät angegangen.

## Diskussion

### **Torsten Reichelt: Das Kleinrechnen des Proletariats im Namen Lenins**

#### **Entgegnung zu „Lenins Klassenmerkmale und der Weg zur klassenlosen Gesellschaft“ von Sebastian Rostock und Nadezhda Syrkina, offen-siv 5-2019**

Obwohl der genannte Artikel schon über ein Jahr alt ist, halte ich eine Reaktion für erforderlich. Einmal, weil er zur Diskussion gestellt, aber bisher nicht offiziell diskutiert wurde und zum anderen, weil die Autoren weiterhin darauf beharren, ihre Position müsse Gegenstand einer ausführlichen Diskussion unter Kommunisten und als der Standpunkt „moderner Marxisten“ übernommen werden.

#### **Willkürlich aufgestellte Klassenmerkmale**

Beginnen wir mit der zentralen These von fünf Klassenmerkmalen, die Lenin aufgestellt haben soll. Sie werden aus folgendem Zitat abgeleitet:

*„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“ (Seite 410 in Lenins „Die große Initiative“)*

Bei genauer Betrachtung sind das aber keine eigenständigen fünf Klassenmerkmale, sondern ist das eine gegliederte Aufstellung von Kriterien zur Zuweisung des zuerst genannten Platzes in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion aufgrund des

1. Verhältnisses zu den Produktionsmitteln und der
2. Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich

2.1. der Art der Erlangung und

2.2. der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum.

**Die Merkmale des Proletariats werden von den Autoren richtig zitiert:**

„*«Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht; deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod, deren ganze Existenz von der Nachfrage nach Arbeit, also von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, von den Schwankungen einer zügellosen Konkurrenz abhängt. Das Proletariat oder die Klasse der Proletarier ist, mit einem Worte, die arbeitende Klasse des neunzehnten Jahrhunderts.» (MEW, Bd. 4, S. 363)«*

Wenn sich Engels auf das 19. Jahrhundert bezog, dann, weil er das im 19. Jahrhundert schrieb, damit aber den Kapitalismus grundsätzlich beschrieb. Dem wäre zum weiteren Verständnis noch hinzuzufügen: *„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. I. Bourgeois und Proletarier)*

Die Autoren treffen eine unzulässige Einschränkung, welche sie von Lenin abzuleiten behaupten, indem sie ihn um Wesentliches verkürzt zitieren:

„*«Proletariat heißt die Klasse, die mit der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt ist. Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.» (LW Bd. 33, S. 46 – Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung)«*

Was die Autoren nicht zitieren, ist die in diesem Artikel unmittelbar folgende Aussage, in welcher Lenin erklärt, warum ein ganz bestimmter Personenkreis unter ganz bestimmten Bedingungen nicht mehr dem Proletariat zuzurechnen ist und unter welchen Bedingungen (denen der NÖP) er wieder zu Proletariat wird.

*„Wenn der Kapitalismus wiederersteht, so heißt das, daß auch die Klasse des Proletariats wiedererstehen wird, das mit der Produktion materieller, für die Gesellschaft nützlicher Güter beschäftigt ist, das in maschinellen Großbetrieben tätig ist und sich nicht mit Spekulation, nicht mit der Herstellung von Feuerzeugen zum Verkauf und mit sonstiger „Arbeit“ befaßt, die nicht gerade sehr nützlich, aber bei dem zerrütteten Zustand unserer Industrie völlig unvermeidlich ist.“ (ebenda)*

Lenin bezog sich also auf den Teil des russischen Proletariats, welches seinen Lebensunterhalt durch die massive Zerstörung der Industrie nicht mehr durch den Verkauf der Arbeitskraft an Kapitalisten bestreiten konnte, sondern eigenständig von Spekulation, Kleinproduktion und ähnlichem lebte.

Die Autoren leiten daraus hingegen als Bedingung der Zugehörigkeit zum Proletariat ab, daß Proletarier nicht nur unmittelbar *„Arbeiter in der materiellen und damit wertschaffenden Produktion“* oder *„Beschäftigter im die wertschaffende Produktion unterstützenden und damit wertverteilenden Bereich“* sind. Sie wird noch weiter eingegrenzt: *„Das Proletariat als Teil der Arbeiterklasse besteht aus armen Fabrikarbeitern und übernimmt die Wertschaffung für die Großbürgerlichen.“*

Indem erst Kriterien wie Armut, Wertschaffung, materielle Produktion und sogar Betriebsgröße willkürlich festgelegt werden, ist selbstverständlich nahezu jede beliebige Einordnung möglich, je nachdem, wie die Grenzen der Kriterien zur Einordnung in die eine oder andere Klasse gezogen werden. Die Vielzahl der Kriterien erzeugt zwar den Anschein von Genauigkeit, führt aber zur Verwirrung über die Klassenzugehörigkeit und wird letztlich benutzt, das Proletariat kleinzurechnen.

### **Materielle und nichtmaterielle Produktion**

Das Kriterium der unmittelbaren Einwirkung auf materielle Produkte ist nicht nachvollziehbar. Den Autoren ist das auch irgendwie klar, indem sie Wärme und Elektroenergie als „nützliche Formen der Materie“ und damit materielle Produkte anerkennen. Das heißt aber andererseits, es müßte auch von Menschen bewußt und planmäßig erzeugte nutzlose Formen der Materie geben. Nur: wer würde dafür etwas eintauschen? Welcher Kapitalist würde Lohnarbeiter mit der Produktion nutzloser Formen der Materie beauftragen, welche keinen Tauschwert haben?

Ohnehin ist schon die immaterielle Produktion begrifflich schwierig, da jede Produktion materielle Veränderungen erzeugt und menschliche Arbeit auf solche Veränderungen mit irgendeinem Gebrauchswert gerichtet ist sowie diese menschliche Arbeit auch Tauschwert erzeugt.

Zudem muß das Produkt in der kapitalistischen Produktion eine Form haben, in der es getauscht werden kann. Jedes vom Menschen erzeugte Bit ist beispielsweise ebenfalls in einer materiellen Form gespeichert. Weshalb die Kapitalisten auch seit Jahrzehnten immer absurdere technische und juristische Verrenkungen veranlassen, um durch Kopierschutz, Urheber- und Lizenzrecht die Verbreitung von Waren zu verhindern, deren Tauschwert sie selbst realisieren wollen.

Zugegeben verwendete auch Marx den Begriff der nichtmateriellen Produktion, namentlich für die Bereiche der Kunst, Wissenschaft, Bildung, Gesundheitsversorgung und Religion. Auch für diese wendet er die Begriffe Ware, Gebrauchs- und Tauschwert an.

*„Alle diese Erscheinungen der kapitalistischen Produktion auf diesem Gebiet sind so unbedeutend, verglichen mit dem Ganzen der Produktion, dass sie gänzlich unberücksichtigt bleiben können.“ (K. Marx: Theorien über den Mehrwert I, MEW 26.1, 385f.)*

Inzwischen haben sich die meisten dieser Bereiche aber zur bedeutenden industriellen Warenproduktion in den Händen von Großkapitalisten gemauert. Dazu gehören beispielsweise Krankenhausketten, große Versandhändler, Softwareindustrie, Unterhaltungsindustrie, Tourismusindustrie und andere Einrichtungen, welche zu Marx', Engels' und Lenins Zeiten unbekannt waren, aber selbstverständlich auch den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus unterworfen sind.

Auch Lohnarbeiter der staatlichen Regierungs-, Verwaltungs-, Justiz- und Gewaltorgane verfügen über kein Eigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln und müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, wenn auch an den „ideellen Gesamtkapitalisten“. Sie schaffen als Gebrauchswert die Bedingungen, welche die kapitalistische Produktionsweise zur Erzeugung von Tauschwerten sowie Mehrwert und damit Ausbeutung sichern. Sie ziehen ihr Einkommen nicht aus Kapital (jedenfalls nicht das für ihre Arbeit) und entscheiden auch nicht selbst über den Inhalt und die Zielstellung ihrer Arbeit.

Sie als besondere Klasse zu betrachten, stellte sie außerhalb der Bourgeoisie und des Proletariats und bediente die Demagogie von der Klassenneutralität des kapitalistischen Staates.

Klassenzugehörigkeit führt bekanntermaßen nicht zwangsläufig zu Klassenbewußtsein, auch bei Armut nicht. In der BRD wollen nicht nur die (meisten) Angehörigen der Arbeiteraristokratie und hochqualifizierten und hochbezahlten Facharbeiter den Kapitalismus beibehalten, sondern allgemein die meisten Proletarier. Wir sollten die Letzten sein, die Proletarier zu Nichtproletariern erklären, und nicht die Eifrigsten.

Die Unterscheidung zwischen Arbeiterklasse und Proletariat und Ausgliederung der Intelligenz (bei der zugegeben eine proletarische von einer kleinbürgerlichen Intelligenz unterscheidbar ist) sowie Erfindung der „Einflußlosen“ ist unmarxistisch. Das Proletariat wird erst durch gesellschaftliches Eigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln zur nichtproletarischen Arbeiterklasse, wie Stalin darstellte.

*„Da sie sie aber besitzt und die Kapitalistenklasse liquidiert ist, so ist jede Möglichkeit ausgeschlossen, die Arbeiterklasse auszubeuten. Kann man danach unsere Arbeiterklasse Proletariat nennen? Es ist klar, dass man es nicht kann.“ (Stalin Werke Band 14: ÜBER DEN ENTWURF DER VERFASSUNG DER UNION DER SSR)*

Umgekehrt ist die an gesellschaftlichen Produktionsmitteln eigentumslose und zum Verkauf ihrer Arbeitskraft an Kapitalisten gezwungene Klasse im Kapitalismus Proletariat.

Anders in der Tabelle im Artikel. Darin werden willkürlich anhand selbstgewählter Kriterien Proletarier zu Nichtproletariern erklärt. Die Tabelle ist zudem unübersichtlich und läßt außerdem eine Legende vermissen, so daß nur eins hervorsticht: in wie wenigen Feldern PR für Proletariat steht.

Unter der Überschrift „Adäquate Form der Diktatur von Bourgeoisie/Proletariat“ treffen die Autoren dann die Aussage:

*„Die Politik ist der Kampf um die Erlangung, Durchführung und Verteidigung der Macht einer Klasse über die anderen Klassen mit dem Zweck, eigene Interessen durchzusetzen, wobei jede Klasse für diese Zwecke ihre eigene Avantgarde beauftragt – eine politische Partei.“*



Zweifellos kann die Errichtung der Diktatur des Proletariats gegen den Widerstand des hochorganisierten und hochgerüsteten kapitalistischen Staates nur hochorganisiert und von einer Avantgarde, der kommunistischen Partei, geführt erfolgen. Allerdings irren die Autoren auch hier mit der Annahme, daß „jede Klasse für diese Zwecke ihre eigene Avantgarde beauftragt“. Die Avantgarde formiert sich in den praktischen Klassenkämpfen und übernimmt aufgrund ihres theoretischen Vorsprungs die Führung.

*„Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“*  
(Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei)

Die Formierung der kommunistischen Partei ist kein Auftrag des Proletariats (bei welcher Gelegenheit sollte der auch von wem erteilt werden?), sondern eine objektive Notwendigkeit zur Überwindung der Diktatur der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats.

### **Cui bono?**

Wozu führt das Kleinrechnen des Proletariats, welches seit Jahrzehnten aus verschiedenen politischen Richtungen immer wieder erfolgt? Das Proletariat wird damit zu einer gesellschaftlichen Minderheit erklärt. Somit wäre die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu einem willkürlichen Akt einer neuen Minderheit im Eigeninteresse - wie die Errichtung der Diktatur der Bourgeoisie. Sie wäre eine Diktatur gegen die Interessen anderer ausgebeuteter und unterdrückter Klassen.

Wenn die Existenz des Proletariats schon nicht geleugnet werden kann, sollen möglichst viele Proletarier davon überzeugt werden, keine zu sein. Und damit davon, daß die kommunistische Partei keine Vertreterin ihrer Interessen ist. Eine solche Argumentation kann - neben ihrer Fehlerhaftigkeit - niemals im Interesse des Proletariats sein.

### **Die Diktatur der Intelligenz**

Der Artikel geht aber noch darüber hinaus, nämlich mit der Aussage: *„Das Privateigentum an Produktionsmitteln ergibt sich aus der Verfügungsgewalt darüber. Produktionsmittel müssen hierfür nicht unbedingt juristisch als*

*privat gekennzeichnet werden. Die alleinige Verwaltung reicht aus, wie sie sich praktisch am Beispiel der UdSSR seit dem Verzicht auf die Diktatur des Proletariats nach Stalins Tod beobachten ließ. Da die Intelligenz spezielle Verwaltungsfunktionen der ausbeutenden und herrschenden Klasse übernimmt, birgt die weitere Ausübung dieser Funktionen bei Abwesenheit der ehemaligen privaten Eigentümer die Gefahr der Entstehung eines Herrscherbewusstseins mit sich, da der kollektive Eigentümer im Sozialismus bei Beibehaltung der kapitalistischen Arbeitsteilung seine Kontrolle effektiv nicht durchführen kann.“*

Abgesehen davon, daß Stalin schon klarstellte, daß der Begriff Proletariat für Arbeiter im Sozialismus zwar immer noch üblich, aber falsch ist (s.o.), ist dies ein ziemlich billiger Zaubertrick. Sein Kern steckt in der Formulierung „*Beibehaltung der kapitalistischen Arbeitsteilung*“. Der Begriff Arbeitsteilung suggeriert hier, daß sich auch im Kapitalismus die Bourgeoisie die Arbeit mit dem Proletariat teilt. Oder das Proletariat mit der (gemäß den Autoren nichtproletarischen) Arbeiterklasse und der Intelligenz, wenn man der Argumentation der Autoren folgt - was gleichermaßen un- und damit antimarxistisch ist, weil damit nicht nur Basis und Überbau in ihr jeweiliges Gegenteil verkehrt werden, sondern gleich das Primat der Materie über das Bewußtsein negiert wird.

Um konkret zu werden: die Verwalter sind nicht einmal im Kapitalismus die Eigentümer und haben ein ausgeprägtes Lakaienbewußtsein. Wenn sie ein Herrscherbewußtsein entwickeln und glauben, sich selbst frei bedienen zu können, werden sie schnell von den Herrschenden zurückgestutzt. Wie z.B. Peter Hartz, der bei aller Nützlichkeit für die Bourgeoisie durch deren Klassenjustiz schnell auf den Boden seines gesellschaftlichen Platzes zurückgeholt wurde. Herrscherbewußtsein bringt eben kein Eigentum hervor.

Die Bedingungen, daß sich Funktionäre in der UdSSR zu Privateigentümern erklären und diesen Anspruch gewaltsam sichern konnten, wurden massiv erst durch die „Perestrojka“ geschaffen. In der DDR lief das beispielsweise ganz anders. Aber das zu konkretisieren würde hier zu weit führen.

Das Wettern gegen „Bürokratie“ und „Intelligenz“ ist ja nun nicht gerade der neueste Schrei. Leo, ick hör' Dir trapsen. Daran ändert auch die möglichst

häufige Erwähnung der Begriffe marxistisch, dialektisch-materialistisch und des Namens Lenin nichts.

Der Artikel enthält entgegen seiner Einleitung keinerlei Hinweise, welchen Nutzen er für den heutigen Klassenkampf des Proletariats hat. Selten ist erkennbar, ob sich die Aussagen auf den Kapitalismus, die Übergangsphase oder den Sozialismus beziehen. Die Klassenzuordnung ist aufgrund willkürlich gesetzter Merkmale willkürlich und in wesentlichen Punkten falsch.

## Nachruf auf Dieter Itzerott

### ***Frank Flegel: Am 20.8.2020 ist Dieter Itzerott gestorben***

Dieter Itzerott ist im August in einer Seniorenresidenz in Torgau gestorben. Geboren wurde Dieter am 12. November 1931 als Sohn einer Arbeiterin. Er wurde 89 Jahre alt.

Das Ende des II. Weltkrieges erlebte er als 13-Jähriger in der Volksschule. 1947 bekam er eine Anstellung als Hilfsworker in den Chemischen Werken Buna, 1949 konnte er dort eine Lehre als Maschinenschlosser beginnen.

In diesem Jahr trat er in die FDJ ein und engagierte sich dort stark. 1952 wurde er in die FDJ-Leitung der Buna-Werke gewählt, 1953 wurde er ihr 2. Sekretär. Im gleichen Jahr trat er in die SED ein. 1956/7 absolvierte er ein Parteilehrjahr an der Bezirksparteischule der SED-Halle. 1959 wurde er 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle und Mitglied des Zentralrates der FDJ. Das blieb er bis 1965. Nun nahm er ein Studium an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg auf, das er 1967 als Diplom-Ingenieur-Ökonom abschloss. 1966 war er bereits zum 2. Sekretär des FDJ-Zentralrates ernannt worden.

1971 schließlich wurde Dieter Itzerott von seiner Arbeit in der FDJ entbunden – er war inzwischen 40 Jahre alt – und wurde 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle. 1974 delegierte man ihn zu einem Dreijahreslehrgang an die SED-Parteihochschule, den er 1976 als Diplom-

Gesellschaftswissenschaftler abschloss. Nun übernahm er den Posten des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Torgau.

Im November 1989 war seine dortige Arbeit beendet. 1990 trat er aus der PDS aus, 1998 wurde er Mitglied der DKP.

Dieter Itzerott war unserer Zeitschrift immer sehr verbunden und bedauerte es außerordentlich, dass er nicht mehr reisefähig war, denn wir wollten ihn gern als Zeitzeugen bei unserem marxistisch-leninistischen Fernstudium dabei haben, was aber aus dem oben genannten Grund leider nicht möglich war.

Wir haben mehrere Arbeiten von ihm veröffentlicht. Hier seien stellvertretend drei genannt: am wichtigsten sicherlich das Buch „Heinz Keßler, Briefe aus dem Gefängnis“. Das waren die Briefe, die Heinz Keßler während seiner Haft im bundesdeutschen Gefängnis an Dieter geschrieben hatte; ebenso die Arbeit „Die Entwicklung der SED“, abgedruckt in dem Buch „Unter Feuer – Die Konterrevolution in der DDR“, die er gemeinsam mit Kurt Gossweiler verfasst hat und der Aufsatz „Egon Krenz erklärt uns unsere Niederlage“, dieser entstand gemeinsam mit mir.

Mit Dieter Itzerott haben wir einen standhaften, erfahrenen und klugen Genossen verloren. Sein Ratschlag wird uns fehlen.

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

